



DI VALENTINO

STEUERBERATUNG



**KLIENTEN-
JAHRESINFO**

2021 / 2022

Unsere Leistungen



Steuerberatung verstehen wir als aktives Beraten in allen rechtlichen und unternehmensbezogenen Angelegenheiten. Wir sind stets bemüht den Erfolg Ihres Unternehmens bestmöglich zu unterstützen. Als Ihre Steuerberatungskanzlei übernehmen wir für Sie die Führung der laufenden Buchhaltung, die

Lohn- und Gehaltsverrechnung, die Erstellung Ihrer Jahresabschlüsse sowie die Vertretung vor den Abgabenbehörden.

Kontaktieren Sie uns für ein kostenloses Erstgespräch. Wir freuen uns auf Sie.

Unser Leistungsspektrum umfasst:

- Unternehmensgründung, Umgründung
- Investitionsentscheidungen
- Unternehmensberatung
- Unternehmensbewertung
- Reporting
- Buchhaltung
- Lohn-Gehaltsverrechnung
- Jahresabschluss
- Rechtsformgestaltung
- Internationale Steuerberatung
- Steueroptimierung
- Vertretung vor Abgabenbehörden

Vorwort

Liebe Klientinnen und Klienten!

Die Corona-Pandemie ist auch dieses Jahr eines der bestimmenden Themen gewesen und hat das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben nachhaltig geprägt. Auch wenn die negativen wirtschaftlichen Auswirkungen in einigen Branchen überwunden werden konnten, wird uns die Pandemie wohl noch etwas länger vor Herausforderungen stellen.

Ein weiteres wichtiges Thema ist bekanntlich die Ökologisierung des Steuerrechts, welche in Form der ökosozialen Steuerreform ab 1. Jänner 2022 schrittweise in Kraft treten soll. Diese bringt zum Teil eine spürbare Entlastung für Unternehmer und Mitarbeiter, als auch den Einstieg in die CO₂-Bepreisung.

Mit der Klienten-Jahresinfo wollen wir Ihnen einen kompakten Überblick über die Steuerreform und deren wesentliche Aspekte und die anhaltenden Maßnahmen zur Bewältigung der Corona-Auswirkungen geben. Weiters informieren wir Sie über sinnvolle Maßnahmen vor Jahresende, um noch rechtzeitig Steuern zu sparen bzw. die Voraussetzungen dafür zu schaffen. Darüber hinaus haben wir eine interessante Auswahl an steuerlichen Themen für Sie zusammengestellt.

Mit dieser Lektüre werden Sie gut vorbereitet ins neue Jahr gehen. Wir möchten Sie aber ausdrücklich dazu einladen uns bei allen Fragen persönlich zu kontaktieren, um Ihre persönliche Steuersituation zu besprechen und zu optimieren.

Abschließend möchten wir uns recht herzlich für die vertrauensvolle Zusammenarbeit in diesem nicht immer einfachen Jahr bedanken und wünschen Ihnen bereits heute Frohe Weihnachten und einen guten Rutsch ins Neue Jahr!

Bitte bleiben Sie gesund!

Luca Di Valentino, MSc

P.S. Besuchen Sie auch unsere informative Webseite: www.divalentino.at. Dort finden Sie laufend aktuelle Informationen über Änderungen im Steuer- und Wirtschaftsrecht sowie einen umfangreichen Service-Bereich mit zahlreichen Infolisten, nützlichen Downloads und unsere Online-Steuer-Rechner.

1 Inhaltsverzeichnis

1 Maßnahmen vor Jahresende 2021	5
1.1 Für Unternehmer	5
1.2 Für Arbeitgeber	9
1.3 Für Arbeitnehmer	10
1.4 Für alle Steuerpflichtigen	11
2 Neues ab 2022 – Ökosoziale Steuerreform	12
2.1 Geplante Entlastungen durch die Steuerreform	12
2.2 CO ₂ -Bepreisung und regionaler Klimabonus	14
2.3 Große Neuerungen bei der Besteuerung von Kryptowährungen	15
3 COVID-19-Maßnahmen-Corner	16
3.1 Corona-Kurzarbeit	17
3.2 Steuerliche Behandlung ausgewählter Corona-Förderungen	17
4 Fokus Unternehmer	19
4.1 Österreichische Verrechnungspreisrichtlinien 2021 veröffentlicht	19
4.2 Die Deckungsbeitragsrechnung für die Unternehmensplanung und -steuerung	20
4.3 Die Umsetzung der Zinsschranke in Österreich	22
4.4 Die einkommensteuerliche Pauschalierung für Kleinunternehmer	24
4.5 Arbeitgeber muss Homeoffice-Tage der Arbeitnehmer aufzeichnen	26
4.6 BFG bestätigt strenge formale Anforderungen an Gruppenanträge	27
4.7 Abzugsfähigkeit von Schadenersatzzahlungen für verhängte Kartellstrafen	28
4.8 Halbsatzbegünstigung nur bei längerfristiger Einstellung der Erwerbstätigkeit möglich	28
4.9 Rechnungsmerkmale bei Inlandslieferungen bzw. sonstigen Leistungen im Inland	29
5 Fokus Arbeitnehmer	32
5.1 Steuerliche Begünstigungen beim Homeoffice	32
5.2 Angleichung der Kündigungsfristen von Arbeitern und Angestellten	33
5.3 Pendlerpauschale steht auch bei Fahrgemeinschaft zu	34
5.4 „Doppelte Haushaltsführung“ bei einer Wohngemeinschaft?	35
5.5 Kosten für eine privatärztliche Operation als außergewöhnliche Belastung	36
5.6 Nicht alle Ausgaben für eine 24h-Pflege sind eine „außergewöhnliche Belastung“	37
5.7 Bei der Bestimmung des Mittelpunkts der Lebensinteressen sind viele Parameter zu beachten	38
6 Sozialversicherungswerte, Größenklassen und Zinssätze	39
6.1 Sozialversicherungswerte 2022	39
6.2 Größenklassen für Kapitalgesellschaften	39
6.3 Aktueller Basis-, Stundungs-, Aussetzungs-, Anspruchs- und Beschwerdezinssatz	40
7 Steuertermine 2022	41



1 Maßnahmen vor Jahresende 2021

Der näher rückende **Jahreswechsel** sollte auch dieses Mal zum Anlass für einen **Steuer-Check** genommen werden. Denn es finden sich regelmäßig Möglichkeiten, durch gezielte Maßnahmen legal **Steuern zu sparen** bzw. die Voraussetzungen dafür zu schaffen. Die angekündigte **ökosoziale Steuerreform** spielt dabei bei einzelnen Punkten eine gewisse Rolle, die meisten Maßnahmen sind aber unabhängig davon wirksam.

1.1 Für Unternehmer

Antrag auf Gruppenbesteuerung stellen

Bei Kapitalgesellschaften kann durch die Bildung einer **Unternehmensgruppe** die Möglichkeit geschaffen werden, **Gewinne und Verluste** der einbezogenen Gesellschaften **auszugleichen**. Voraussetzungen sind die **finanzielle Verbindung** (Kapitalbeteiligung von mehr als 50 % und Mehrheit der Stimmrechte) seit Beginn des Wirtschaftsjahres sowie ein entsprechend beim Finanzamt eingebrachter und sorgsam unterfertigter **Gruppenantrag**. Bei allen Kapitalgesellschaften, die das Kalenderjahr als Wirtschaftsjahr haben (d.h. Bilanzstichtag 31.12.) ist der Gruppenantrag bis spätestens **31.12.2021** einzubringen. Gleiches gilt für die Aufnahme in eine bestehende Steuergruppe (z.B., weil eine neue Beteiligung am 1.1.2021 erworben wurde).

Forschungsförderung – Forschungsprämie

Die Forschungsprämie von **14 %** ist als **Steuerergänzung** konzipiert und wirkt daher sowohl in Gewinn- als auch in Verlustjahren. Überdies sind die Forschungsaufwendungen unabhängig von der Inanspruchnahme der Forschungsprämie steuerlich abzugsfähig. Die für die Prämie **relevanten Forschungsaufwendungen** können **Personal- und Materialaufwendungen** für F&E-Tätigkeiten,

Gemeinkosten, Finanzierungskosten und unmittelbar der Forschung und Entwicklung dienende Investitionen (einschließlich der Anschaffung von Grundstücken) umfassen. Die Forschungsprämie ist für die **Eigenforschung** (diese muss im **Inland** erfolgen) der Höhe nach **nicht gedeckelt**. Für die Geltendmachung der Forschungsprämie ist die Vorlage eines positiven **Gutachtens** der **FFG** (Anforderung über FinanzOnline) erforderlich. Im Gegensatz dazu ist die **Bemessungsgrundlage für Auftragsforschung** – Voraussetzung ist wiederum, dass es sich um einen **inländischen Auftragnehmer** handelt – beim Auftraggeber mit **1.000.000 €** begrenzt. Die Vorlage eines FFG-Gutachtens ist bei der Auftragsforschung nicht erforderlich.

Gewinnfreibetrag

Der Gewinnfreibetrag steht allen natürlichen Personen unabhängig von der Gewinnermittlungsart zu und beträgt **bis zu 13 % des Gewinnes**. Bis zu einem Gewinn von 30.000 € steht jedem Steuerpflichtigen **ohne Nachweis** ein **Grundfreibetrag** von **13 %** zu; für die Geltendmachung eines höheren Freibetrags sind entsprechende Investitionen erforderlich. **Begünstigte Investitionen** umfassen grundsätzlich **abnutzbare körperliche Anlagen, Wohnbauanleihen** bzw. auch andere **Wertpapiere** wie z.B. Bundesanleihen, Bank- und Industrieschuldverschreibungen oder bestimmte Investment- und Immobilienfonds (sofern auch zur Deckung von Pensionsrückstellungen geeignet). Die Nutzungsdauer bzw. **Behaltefrist** beträgt jeweils 4 Jahre. Scheiden dem Betrieb gewidmete Wertpapiere vor dem Ablauf von 4 Jahren aus, so kann eine **Ersatzbeschaffung** durch Realinvestitionen erfolgen bzw. ist bei vorzeitiger Tilgung eine Wertpapierersatzanschaffung binnen 2 Monaten möglich. Bei Inanspruchnahme einer **Betriebsausgabenpauschalierung** steht **nur** der **Grundfreibetrag** zu (dies gilt auch bei der neuen Pauschalierung für Kleinunternehmer). Der Gewinnfreibetrag **vermindert** auch die GSVG-Bemessungsgrundlage und somit **neben der Steuerbelastung auch die Sozialversicherungsbelastung**. Der **Gewinnfreibetrag** wird für Gewinne ab 175.000 € **reduziert** und beträgt zwischen 175.000 € und 350.000 € 7 %, zwischen 350.000 € und 580.000 € nur mehr 4,5 %, für den darüber hinaus gehenden Teil der Gewinne **entfällt** der **Freibetrag** zur Gänze. Der Freibetrag beträgt daher **maximal 45.350 €**. Mit der ökosozialen Steuerreform soll der Gewinnfreibetrag künftig auf 15 % erhöht werden (siehe dazu auch „Neues ab 2022 – Ökosoziale Steuerreform“).

Vorgezogene Investitionen (Halbjahresabschreibung) bzw. Zeitpunkt der Vorauszahlung/Vereinnahmung bei E-A-Rechnern

Für Investitionen, die **nach** dem **30.6.2021** getätigt werden, kann unabhängig vom Anschaffungszeitpunkt in der zweiten Jahreshälfte die halbe Jahres-AfA abgesetzt werden. Das **Vorziehen von Investitionen** spätestens in den Dezember 2021 kann daher Steuervorteile bringen. **Geringwertige Wirtschaftsgüter** (max. **800 €**) können sofort **zur Gänze** abgesetzt werden. E-A-Rechner können grundsätzlich durch die Ausnutzung des Zufluss-, Abflussprinzips eine **temporäre Verlagerung** der Steuerpflicht erzielen. Für **Investitionen seit 1.7.2020** kann alternativ zur linearen AfA eine **degressive AfA** in Höhe von **30 %** geltend gemacht werden. Dieser Prozentsatz ist auf den jeweiligen Buchwert (Restbuchwert) anzuwenden. Ausgeschlossen von dieser i.d.R. **beschleunigten Abschreibung** sind allerdings Investitionen in Gebäude, KFZ, Firmenwerte, immaterielle oder gebrauchte Wirtschaftsgüter sowie Anlagen mit Bezug zu fossilen Energieträgern. Mit der **Steuerreform** soll die Grenze für Geringwertige Wirtschaftsgüter auf 1.000 € erhöht werden und ein neuer Investitionsfreibetrag für **ökologische Investitionen** eingeführt werden (siehe auch „Neues ab 2022 – Ökosoziale Steuerreform“).

reform“). In Abhängigkeit von der finalen Gesetzgebung kann eine Verschiebung von ökologischen Investitionen in das nächste Jahr gegebenenfalls steuerlich sinnvoll sein.

Für in § 19 Abs. 3 EStG angeführte Ausgaben (z.B. Beratungs-, Miet-, Vertriebs-, Verwaltungs-, Zinskosten etc.) ist allerdings lediglich eine **einjährige Vorauszahlung** steuerlich abzugsfähig! Regelmäßig wiederkehrende Einnahmen oder Ausgaben, die zum Jahresende fällig werden, sind jenem Kalenderjahr zuzurechnen, zu dem sie **wirtschaftlich** gehören, wenn sie innerhalb von 15 Tagen vor oder nach dem 31.12. bewirkt werden. So genannte „**stehen gelassene Forderungen**“, welche nur auf Wunsch des Gläubigers später gezahlt werden, gelten allerdings als bereits (im alten Jahr) zugeflossen.

Beschleunigte Abschreibung bei Gebäuden

Für Gebäude, die **nach dem 30.6.2020 angeschafft** oder hergestellt worden sind, gilt eine **beschleunigte AfA**. Im ersten Jahr beträgt die AfA von den Anschaffungs- oder Herstellungskosten das **Dreifache** des „normalerweise“ anzuwendenden Prozentsatzes (7,5 % im betrieblichen Bereich bzw. 4,5 % im außerbetrieblichen Bereich), im darauffolgenden Jahr das **Zweifache** (5 % bzw. 3 %). Ab dem zweitfolgenden Jahr beträgt die Bemessung der AfA 2,5 % im betrieblichen Bereich bzw. 1,5 % bei der Vermietung und Verpachtung. Die **Halbjahresabschreibungsregelung ist nicht anzuwenden**, sodass auch bei Anschaffung, Herstellung oder Einlage im zweiten Halbjahr (2021) der volle Jahres-AfA-Betrag aufwandswirksam wird.

Ersatzbeschaffungen bei Veräußerungsgewinnen von Anlagen

Natürliche Personen können die Versteuerung von **Veräußerungsgewinnen** für mindestens sieben Jahre im **Anlagevermögen** gehaltene Wirtschaftsgüter durch (eingeschränkte) Übertragung auf die Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten von **Neuinvestitionen** einer **sofortigen Besteuerung entziehen** (Steuerstundungseffekt).

Verlustersatz (COVID-19-Förderung)

Anspruchsberechtigt sind alle Unternehmen, die durch die Corona-Krise im Zeitraum zwischen 16.9.2020 und 30.6.2021 **Umsatzausfälle von mindestens 30 %** erlitten haben. Je nach Größe des Unternehmens werden **70 % bis 90 % der Verluste abgedeckt**. Anträge können für maximal zehn zeitlich zusammenhängende Betrachtungszeiträume gestellt werden und müssen bis spätestens **31.12.2021** (Antrag im Rahmen der zweiten Tranche) eingebracht werden.

Verlustersatz für ungedeckte Fixkosten (COVID-19-Förderung)

Im Endeffekt mehr Zeit besteht bei Anträgen für den **Verlustersatz für ungedeckte Fixkosten**. Anspruchsberechtigt sind Unternehmen, die zwischen 1.7.2021 und 31.12.2021 Umsatzausfälle von mindestens 50 % erlitten haben. Hier können die Anträge für die **erste Tranche** (für eine Auszahlung von 70 % des beantragten Verlustersatzes) noch bis zum **31.12.2021** gestellt werden. Ende der Antragsfrist für die **zweite Tranche** (ab Jänner 2022) ist der **30.6.2022**. Im Rahmen dieser zweiten Tranche kann auch der gesamte Verlustersatz beantragt werden.

Exkurs: Ende Umsatzsteuerreduktion für Gastronomie, Hotellerie, Kulturbereich und Publikationsbereich (COVID-19-Förderung)

Die seit 1.7.2020 geltende temporäre **Senkung der Umsatzsteuer** auf 5 % für Umsätze der Gastronomie und Hotellerie sowie des Kultur- und Publikationsbereichs läuft mit 31.12.2021 aus.

Beachtung der Umsatzgrenze für Kleinunternehmer

Diese Umsatzsteuerbefreiung (ohne Vorsteuerabzug) ist nur bei einem **Jahresnettoumsatz** von bis zu **35.000 €** möglich. Seit 1.1.2017 müssen für die Kleinunternehmergrenze **bestimmte steuerfreie Umsätze** (z.B. aus ärztlicher Tätigkeit oder als Aufsichtsrat) **nicht mehr berücksichtigt** werden. Maßgebend für die Kleinunternehmerbefreiung ist, dass das Unternehmen im Inland betrieben wird. Unternehmer, die Gefahr laufen, diese Grenze im Jahr 2021 zu überschreiten, sollten – sofern möglich – den **Abschluss der Leistungserbringung** auf 2022 **verschieben**. Ein Verschieben lediglich des Zahlungseingangs ist nicht ausreichend für die Einhaltung der Kleinunternehmergrenze.

GSVG-Befreiung

Kleinstunternehmer (Jahresumsatz unter 35.000 €, Einkünfte unter 5.710,32 €) können eine GSVG-Befreiung für 2021 bis **31. Dezember 2021** beantragen. Berechtigt sind **Jungunternehmer** (max. 12 Monate GSVG-Pflicht in den letzten 5 Jahren), Personen ab 60 Jahren (Regelpensionsalter) bzw. Personen über 57 Jahre, wenn die genannten Grenzen in den **letzten 5 Jahren** nicht überschritten wurden. Die Befreiung kann auch **während** des Bezugs von **Kinderbetreuungsgeld** oder bei Bestehen einer Teilversicherung während der Kindererziehung beantragt werden. Diesbezüglich gilt eine monatliche Grenze von 475,86 € bzw. ein monatlicher Umsatz von 2.916,67 € (jeweils im Durchschnitt).

Vorauszahlung von GSVG-Beiträgen

Bei **Einnahmen-Ausgaben-Rechnern** wird eine **Vorauszahlung von GSVG-Beiträgen** dann anerkannt, wenn diese in ihrer Höhe der voraussichtlichen Nachzahlung für das betreffende Jahr entspricht. Rechnen Sie mit einer Nachzahlung, können Sie durch Leistung einer **freiwilligen Vorauszahlung** den Gewinn reduzieren bzw. glätten und damit eventuell nachteilige **Progressionssprünge vermeiden**.

Aufbewahrungspflichten

Mit **31.12.21** endet grundsätzlich die **7-jährige Aufbewahrungspflicht** für Geschäftsunterlagen des Jahres **2014**. Weiterhin aufzubewahren sind Unterlagen, welche für ein anhängiges Abgaben- oder sonstiges behördliches/gerichtliches Verfahren von Bedeutung sind. Unterlagen für Grundstücke bei **Vorsteuerrückverrechnung** sind **12 Jahre** lang aufzubewahren. Dienen Grundstücke nicht ausschließlich unternehmerischen Zwecken und wurde beim nichtunternehmerischen Teil ein Vorsteuerabzug in Anspruch genommen, verlängert sich die Aufbewahrungspflicht unter gewissen Voraussetzungen auf **22 Jahre**. Die Aufbewahrungspflicht für Unterlagen i.Z.m. **Grundstücken** beträgt auch **22 Jahre**, wenn mit der Vermietung zu Wohnzwecken bzw. unternehmerischen Nutzung ab **01.04.2012** begonnen wurde. Keinesfalls sollten Unterlagen vernichtet werden, die zur **Beweisführung** z.B. bei Produkthaftung, Eigentums-, Bestands- und Arbeitsvertragsrecht dienen.

Abzugsfähigkeit von Spenden

Spenden aus dem Betriebsvermögen an bestimmte **Forschungseinrichtungen** und der Erwachsenenbildung dienende **Lehreinrichtungen** wie auch **Universitäten** können bis zu einem **Maximalbetrag** von **10 %** des Gewinnes Betriebsausgabe sein. Zusätzlich und betragsmäßig **unbegrenzt** können auch Geld- und Sachspenden, die mit der Hilfestellung bei Katastrophenfällen zusammenhängen, geltend gemacht werden, sofern sie der **Werbung** dienen. Auch **Spenden für mildtätige Zwecke, Tierschutz und an freiwillige Feuerwehren** sind als Betriebsausgabe absetzbar. Wesentlich ist mitunter, dass die Spenden empfangende Organisation bzw. der Spendensammelverein in der **BMF-Liste** aufscheint und dass die Spende im Jahr 2021 geleistet wurde. Eine **doppelte Berücksichtigung** einer bestimmten Spende als Betriebsausgabe und als Sonderausgabe ist **nicht möglich**. Zu beachten ist auch, dass **betriebliche und private Spenden** zusammen das **Maximum** von **10 %** des Gesamtbetrags der Einkünfte nicht überschreiten dürfen.

Wertpapierdeckung bei Pensionsrückstellungen

Zur Vermeidung von steuerlichen **Strafzuschlägen** müssen **zum Ende des Wirtschaftsjahres Wertpapiere** im Nennbetrag von **mindestens 50 %** des am Schluss des vorangegangenen Wirtschaftsjahres ausgewiesenen steuerlichen Pensionsrückstellungsbetrages im **Betriebsvermögen** vorhanden sein. Es sollte daher das Vorhandensein einer **entsprechenden Bedeckung** noch vor Jahresende überprüft werden.

Energieabgabenrückvergütung

Die Antragstellung für das **Kalenderjahr 2016** hat bis spätestens 31.12.2021 zu erfolgen.

1.2 Für Arbeitgeber

Lohnsteuer- und beitragsfreie Zuwendungen an Dienstnehmer (pro Dienstnehmer p.a.)

- » Betriebsveranstaltungen (z.B. **Weihnachtsfeier**) 365 €;
- » Sachzuwendungen (z.B. Weihnachtsgeschenk) 186 €;
- » **Klimaticket**: Seit 1.7.2021 ist die gänzliche oder teilweise Übernahme von Wochen-, Monats- oder Jahreskarten für öffentliche Verkehrsmittel steuerfrei möglich. Dazu zählt auch das mit 26.10.2021 gestartete **Klimaticket**;
- » Freiwillige soziale Zuwendungen an den Betriebsratsfonds sowie zur Beseitigung von Katastrophenschäden;
- » Kostenlose oder verbilligte Benützung von Einrichtungen und Anlagen, die der Arbeitgeber allen oder bestimmten Gruppen von Arbeitnehmern zur Verfügung stellt (z.B. Kindergärten, Sportanlagen oder Betriebsbibliotheken, nicht aber ein vergünstigtes Fitnesscenter oder Garagenabstellplätze);

- » **Zukunftssicherung** (z.B. Er- und Ablebensversicherungen, Krankenversicherungen, Anteile an Pensionsinvestmentfonds oder Pensionskassenbeiträge) bis 300 €;
- » Freie oder **verbilligte Mahlzeiten und Getränke am Arbeitsplatz** von bis zu 8 € pro Arbeitstag;
- » Zuschuss für **Kinderbetreuungskosten** 1.000 € (pro Kind);
- » **Mitarbeiter rabatte** auf Produkte des Unternehmens, die nicht höher als 20 % sind, führen zu keinem Sachbezug. Diese 20 % sind eine **Freigrenze**, d.h. wird ein höherer Rabatt gewährt, liegt prinzipiell ein Vorteil aus dem Dienstverhältnis vor, von dem im gesamten Kalenderjahr nur 1.000 € (**Freibetrag**) steuerfrei sind;
- » **Mitarbeiterbeteiligung**: für den Vorteil aus der unentgeltlichen oder verbilligten Abgabe von Unternehmensanteilen an Mitarbeiter besteht ein **jährlicher Freibetrag** pro Mitarbeiter i.H.v. **3.000 €**. Seit dem 1.1.2018 gibt es auch die Möglichkeit der unentgeltlichen oder verbilligten Abgabe von Aktien bis zu einem Wert von **4.500 € pro Jahr** in steuer- und sozialversicherungsbefreiter Form. Voraussetzung ist, dass eine **Mitarbeiterbeteiligungsstiftung** die Aktien bis zum Ende des Dienstverhältnisses treuhändig verwaltet.

1.3 Für Arbeitnehmer

Werbungskosten noch vor Jahresende bezahlen

Ausgaben, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der nichtselbständigen Tätigkeit stehen, müssen noch **vor dem 31.12.21** entrichtet werden, damit sie 2021 von der Steuer abgesetzt werden können. Oftmals handelt es sich dabei um **berufsbedingte Aus-, Fortbildungs- und Umschulungskosten**. Werbungskosten sind entsprechend nachzuweisen (Rechnungen, Quittungen, Fahrtenbuch) und nur zu berücksichtigen, sofern sie insgesamt **132 € (Werbungskostenpauschale)** übersteigen. Überdies können die Kosten für die **Anschaffung ergonomisch geeigneten Mobiliars fürs Homeoffice** (z.B. Schreibtisch, Drehstuhl, Beleuchtung) von **bis zu 300 €** als zusätzliche Werbungskosten geltend gemacht werden. Voraussetzung ist, dass zumindest **26 Homeoffice-Tage** im Kalenderjahr absolviert wurden – sofern solche Werbungskosten bereits in der Veranlagung 2020 geltend gemacht wurden, reduziert sich der Höchstbetrag für 2021 entsprechend.

Arbeitnehmerveranlagung 2016 bzw. Antrag auf Rückzahlung von zu Unrecht einbehaltener Lohnsteuer

Neben der Pflichtveranlagung (z.B. nicht-lohnsteuerpflichtige Einkünfte von mehr als 730 € p.a.) gibt es auch die Antragsveranlagung, aus der ein Steuerguthaben zu erwarten ist. Dieser Antrag ist **innerhalb von 5 Jahren** zu stellen. Für das **Jahr 2016** läuft die Frist am 31.12.2021 ab. Dabei können Werbungskosten, Sonderausgaben, außergewöhnliche Belastungen etc. geltend gemacht werden, die im Rahmen des **Freibetragsbescheids** noch nicht berücksichtigt wurden. Weitere gute Gründe für eine Arbeitnehmerveranlagung sind z.B. zu Unrecht einbehaltene Lohnsteuer, der Anspruch auf **Negativsteuer** bei geringen Bezügen, die Nichtberücksichtigung des Pendlerpauschales oder der **unterjährige Wechsel** des Arbeitgebers bzw. **nichtganzzährige Beschäftigung**.

Rückerstattung von Kranken- und Pensionsversicherungsbeiträgen bei Mehrfachversicherung

Wurden im Jahr 2018 aufgrund einer **Mehrfachversicherung** über die Höchstbeitragsgrundlage hinaus Beiträge entrichtet, ist ein **Antrag auf Rückzahlung der Krankenversicherungs- und Arbeitslosenversicherungsbeiträge** bis 31.12.21 möglich. Für Pensionsbeiträge ist die Rückerstattung an keine besondere Frist gebunden. Rückerstattete Beiträge sind im Jahr der Rücküberweisung grundsätzlich **einkommensteuerpflichtig**.

1.4 Für alle Steuerpflichtigen

(Topf-)Sonderausgaben

Mit der Veranlagung 2021 sind die ohnehin in den letzten Jahren stark eingeschränkten sogenannten Topfsonderausgaben (Versicherungsverträge, Darlehenskosten für Sanierungsmaßnahmen usw.) leider **nicht mehr abzugsfähig**.

Sonderausgaben ohne Höchstbetrag und Kirchenbeitrag

Folgende Sonderausgaben sind **ohne Höchstbetrag unbeschränkt abzugsfähig**: Nachkauf von Pensionsversicherungszeiten, Beiträge zur **freiwilligen Weiterversicherung** in der Pensionsversicherung, bestimmte Renten und dauernde Lasten sowie **Steuerberatungskosten** (wenn nicht bereits Betriebsausgaben/Werbungskosten). Pauschalierte Steuerpflichtige können Steuerberatungskosten jedenfalls als Sonderausgaben absetzen. **Kirchenbeiträge** sind bis zu 400 € absetzbar und werden über die Meldung an das Finanzamt **automatisch** berücksichtigt.

Spenden als Sonderausgaben

An bestimmte Organisationen (**Forschungseinrichtungen, öffentliche Museen** etc.) können Spenden i.H.v. **max. 10 % des Einkommens** geltend gemacht werden. Wurden bereits im betrieblichen Bereich diesbezüglich Spenden als Betriebsausgaben abgesetzt, so verringert sich das Maximum bei den Sonderausgaben. Ebenso können durch private (Geld)**Spenden an mildtätige Organisationen, Tierschutzvereine** und Tierheime (BMF-Liste) sowie an **freiwillige Feuerwehren** Steuern gespart werden. Die **Obergrenze** (aus betrieblichen und privaten Spenden) liegt bei **10 % des Gesamtbeitrags der Einkünfte**.

Zukunftsvorsorge – Bausparen – Prämienbegünstigte Pensionsvorsorge

Die 2021 geförderte **private Zukunftsvorsorge** im prämienbegünstigten Ausmaß von **3.056,94 €** p.a. führt zur **staatlichen Prämie** von **4,25 % (129,92 €)**. Beim **Bausparen** gilt für 2021 eine **staatliche Prämie** von **18 €** beim maximal geförderten Einzahlungsbetrag von 1.200 € (sofern der Bausparvertrag das gesamte Jahr aufrecht war).



2 Neues ab 2022 – Ökosoziale Steuerreform

2.1 Geplante Entlastungen durch die Steuerreform

Die ökosoziale Steuerreform liegt aktuell¹ in Form eines **Begutachtungsentwurfs** vor und hat die **Bekämpfung der Klimakrise** als zentrales Anliegen (schließlich soll Österreich bis spätestens 2040 klimaneutral sein). Während mit dem Ziel der Ökologisierung auch steuerliche Belastungen verbunden sind, welche einen Lenkungseffekt nach sich ziehen sollen, sind auch viele ausgleichende Maßnahmen vorgesehen. Nachfolgend werden wichtige Aspekte im **Überblick** dargestellt. Wie immer bleibt der Gesetzwerdungsprozess abzuwarten.

Senkung der Einkommensteuer

Mit **1. Juli 2022** soll zuerst die zweite Stufe im Einkommensteuertarif von 35 % auf 30 % gesenkt werden. Die Senkung der **dritten Tarifstufe** von 42 % auf 40 % soll ab 1. Juli 2023 folgen. Für diese Kalenderjahre kommt es zu Mischsteuersätzen.

Erhöhung beim Familienbonus Plus und beim Kindermehrbetrag

Der **Familienbonus-Plus** soll für Kinder bis 18 Jahre ab Juli 2022 von monatlich 125 € auf 166,68 € monatlich angehoben werden. Für Kinder ab 18 Jahren gilt das ebenso, und zwar von 41,68 € monatlich auf 54,18 € monatlich. Beim **Kindermehrbetrag** sieht der Begutachtungsentwurf eine Ausweitung des Kreises der Anspruchsberechtigten wie auch eine **stufenweise Erhöhung** (bis zu 350 € pro Kind statt bis zu 250 € für das Jahr 2022 und bis zu 450 € pro Kind ab dem Jahr 2023) vor.

Gewinnbeteiligungen von Mitarbeitern am Unternehmen

Eine Befreiung von Gewinnbeteiligungen für Mitarbeiter kann nicht nur zu einer nachhaltigen finanziellen Absicherung und Erhöhung der liquiden Mittel auf Seiten der Arbeitnehmer beitragen, sondern

¹Stand 14. November 2021

auch dazu führen, dass die **Bindung an das Unternehmen** des Arbeitgebers gestärkt wird. Um die Partizipation von Mitarbeitern am Erfolg des Unternehmens attraktiver zu machen, soll im Rahmen der ökosozialen Steuerreform ab 1.1.2022 eine **Begünstigung für Mitarbeitergewinnbeteiligungen** eingeführt werden. Diese soll pro Mitarbeiter und Jahr **höchstens 3.000 €** ausmachen und ist an das Vorliegen eines Gewinnes des Arbeitgebers geknüpft. Konkret muss auf den **steuerlichen Vorjahresgewinn** abgestellt werden, der die Obergrenze für sämtliche im Kalenderjahr steuerfrei an die Mitarbeiter ausbezahlten Gewinnbeteiligungen darstellt. Die steuerfreie Gewinnbeteiligung in Form eines **Freibetrags** darf selbstverständlich **nicht** anstelle des bisher gezahlten Arbeitslohns oder einer üblichen Lohnerhöhung gewährt werden.

Erhöhung des Gewinnfreibetrags

Der **Gewinnfreibetrag** von aktuell 13 % soll **auf 15 % erhöht** werden, wodurch ein maximaler steuerfreier Grundfreibetrag von 4.500 € ermöglicht wird (für die Geltendmachung über 30.000 € als Bemessungsgrundlage hinaus müssen nach wie vor entsprechende Investitionen durchgeführt werden). Der erhöhte Gewinnfreibetrag soll für Wirtschaftsjahre **ab 1.1.2022** gelten und dazu beitragen, dass **Einzelunternehmen** und Personengesellschaften im **KMU-Bereich**, welche ja nicht von der Senkung der KöSt profitieren, gezielt entlastet werden.

Wiedereinführung des Investitionsfreibetrags

Als wirtschaftsfördernde Maßnahme soll ein **modernisierter Investitionsfreibetrag** eingeführt werden (erstmalige Inanspruchnahme für nach 31.12.2022 angeschaffte oder hergestellte (fertigestellte) Wirtschaftsgüter). Dabei sollen **10 % der Anschaffungs- oder Herstellungskosten** für Wirtschaftsgüter des **abnutzbaren Anlagevermögens** als Betriebsausgabe abzugsfähig sein. Sofern sie aus dem Bereich **Ökologisierung** stammen, erhöht sich der **Investitionsfreibetrag** auf **15 %** (i.S. eines Anreizes für klimafreundliche Investitionen). Jedenfalls **gedeckt** soll der modernisierte Investitionsfreibetrag mit Anschaffungs-/Herstellungskosten von **1 Mio. € pro Wirtschaftsjahr** sein – eine Aliquotierung muss bei Rumpfwirtschaftsjahren erfolgen. Die gleichzeitige Inanspruchnahme von ähnlichen begünstigenden Maßnahmen wie etwa des investitionsbedingten Gewinnfreibetrags oder der Forschungsprämie wird vom Begutachtungsentwurf aufgrund der Deckelung als unkritisch gesehen. Ebenso wird die laufende Abschreibung durch den Investitionsfreibetrag nicht beeinflusst. Eine wichtige **Voraussetzung** für die Geltendmachung ist das Vorliegen einer **betrieblichen Einkunftsart**, wobei die **Gewinnermittlung** durch Betriebsvermögensvergleich oder vollständige Einnahmen-Ausgaben-Rechnung zu erfolgen hat (keine Pauschalierung!). Überdies müssen die Wirtschaftsgüter eine **betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer** von **mindestens vier Jahren** und Inlandsbezug vorweisen. Generell **ausgenommen** von der Inanspruchnahme des Investitionsfreibetrags sind – vergleichbar der degressiven Abschreibung – **Gebäude**, geringwertige Wirtschaftsgüter, Wirtschaftsgüter i.Z.m. fossilen Energieträgern usw.

Grenze für geringwertige Wirtschaftsgüter wird erhöht

Die Grenze für die **Sofortabschreibung geringwertiger Wirtschaftsgüter** soll von 800 € **auf 1.000 € erhöht** werden. Durch diese wiederholte Anhebung der Betragsgrenze ist es möglich, die Anschaffungs- oder Herstellungskosten von Wirtschaftsgütern des abnutzbaren Anlagevermögens bis zu die-

sem Betrag sofort als Betriebsausgabe bzw. als Werbungskosten steuerlich abzusetzen. Ziel dieser Maßnahme, die im betrieblichen Bereich für **Wirtschaftsjahre nach dem 31.12.2022** und im außerbetrieblichen Bereich ab der Veranlagung 2023 gelten soll, sind Vereinfachungen sowie die Möglichkeit, weitere **Investitionsanreize** zu schaffen. Eine Vereinfachung durch die sofortige Absetzbarkeit dieser Wirtschaftsgüter liegt darin, dass **kein Anlagenverzeichnis** geführt werden muss und auch der Aufwand nicht über mehrere Jahre verteilt wird.

Umstieg von fossilen Brennstoffen auf klimafreundliche Systeme wird gefördert

Für die Umsetzung der **Wärmestrategie** soll auch ein steuerliches Begleitinstrument geschaffen werden, welches den Austausch eines auf fossilen Brennstoffen basierenden Heizungssystems („**Heizkesseltausch**“) gegen ein klimafreundliches System (wie etwa Fernwärme) fördert. Ebenso soll die **thermische Sanierung von Gebäuden** in Form von **Sonderausgaben** begünstigt werden. Wesentliches Merkmal dieser Begünstigung ist folglich, dass nur private Ausgaben Berücksichtigung finden sollen, nicht jedoch Betriebsausgaben oder Werbungskosten.

Senkung der Körperschaftsteuer

Als Signalwirkung im internationalen **Standort-Wettbewerb** soll die Körperschaftsteuer auf **24 %** im Jahr 2023 und ab 2024 **auf 23 % gesenkt** werden. Die Änderung hat auch Auswirkungen auf die Zwischensteuer für Privatstiftungen und auf die Abzugsteuern für KEST- und Immo-ESt pflichtige Einkünfte von Körperschaften.

Absenkung der Krankenversicherungsbeiträge

Ein Teil der ökosozialen Steuerreform soll auch in der Absenkung der vom Versicherten zu tragenden Krankenversicherungsbeiträge für niedrige und mittlere Einkommen liegen. Mit Wirkung ab 1. Juli 2022 soll die Senkung entsprechend einer gesetzlich festgelegten Staffelung in Abhängigkeit von der Höhe der monatlichen Beitragsgrundlage erfolgen. Es handelt sich dabei um Festbeträge, die nicht der jährlichen Aufwertung unterliegen. Die Umsetzung für die jeweilige Versichertengruppe erfolgt dabei im Rahmen der entsprechenden Sozialversicherungsgesetze.

2.2 CO₂-Bepreisung und regionaler Klimabonus

Die ökosoziale Steuerreform (Begutachtungsentwurf) enthält als Ökologierungsmaßnahme vor allem die **Einführung einer CO₂-Bepreisung**. Grundsätzlich müssen dabei Mineralölunternehmen oder Gaslieferanten („**Inverkehrbringer**“) CO₂-Zertifikate erwerben und geben die damit verbundene **finanzielle Belastung** an die Verbraucher weiter. Auf den tatsächlichen Einsatz der Brennstoffe durch den Verbraucher soll es nicht ankommen.

In einem ersten Schritt soll ein **nationales Emissionshandelssystem** etabliert werden, welches in einem weiteren Schritt in ein **europäisches Emissionshandelssystem** überführt werden kann. **Ab Juli 2022** soll das nationale Emissionshandelssystem (es ist in eine Einführungs- und eine Übergangsphase gegliedert) mit vorab **fixierten Preisen** pro Tonne CO₂ operieren. Damit sollen auch die Sek-

toren außerhalb des EU-Emissionshandels (Gebäude, Verkehr und Teile der Industrie) berücksichtigt werden. Der **CO2-Preis pro Tonne** soll im Jahr 2022 **30 €** ausmachen, im Jahr 2023 **35 €/t**, im Jahr 2024 **45 €/t** und schließlich im Jahr 2025 **55 €/t**. Unter Berücksichtigung der bereits vorhandenen Besteuerung fossiler Energieträger in Österreich (z.B. Mineralölsteuer, Erdgasabgabe), welche in einen impliziten CO2-Preis umgerechnet werden kann, führt die neue CO2-Bepreisung zu einer (erhöhten) Gesamtbelastung.

Ab **Jänner 2026** ist vorgesehen, dass das Emissionshandelssystem in eine **Marktphase** übergeht – aus administrativen Gründen soll das Emissionshandelssystem an bestehende Energieabgaben andocken und gemeinsam mit diesen abgeführt werden. Ebenso sind **Entlastungsmaßnahmen** zur grenzüberschreitenden Wettbewerbsfähigkeit, Vermeidung von **Carbon Leakage** und zur Abmilderung von besonderen Mehrbelastungen vorgesehen. Carbon Leakage bezeichnet dabei **ungerechtfertigte Wettbewerbsvorteile**, indem die Treibhausgasemissionen ins Ausland verlagert werden, um Produktionskosten zu senken. Schließlich soll eine **Härtefallregelung** zur Unterstützung besonders hart betroffener Unternehmen beitragen.

Gleichsam als **Gegenpol** zur Belastung durch die CO2-Bepreisung beinhaltet der Begutachtungsentwurf auch den „**regionalen Klimabonus**“. Dadurch sollen die Einnahmen aus der CO2-Bepreisung an die **Bevölkerung rückvergütet** werden. Die Höhe des Klimabonus hängt von der **Klassifikation der Wohnsitzgemeinde** ab, wobei in urbanen Zentren mit höchstrangiger Erschließung durch öffentliche Verkehrsmittel ein Klimabonus von **100 € pro Jahr** vorgesehen ist. Bewohner urbaner Zentren mit zumindest guter Erschließung durch öffentliche Verkehrsmittel sollen einen Klimabonus i.H.v. **133 €** bekommen. Weitere Kategorien sind Zentren sowie Umland mit zumindest (guter) Basiserschließung (Bonus von **167 €**) und schließlich ländliche Gemeinden und **Gemeinden mit höchstens Basiserschließung** (Bonus i.H.v. **200 €**). Der Klimabonus soll bereits im Jahr **2022** in voller Höhe ausbezahlt werden – für Kinder gibt es einen Aufschlag von 50 %. Vom Klimabonus sollen alle Personen mit Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt in **Österreich** profitieren.

2.3 Große Neuerungen bei der Besteuerung von Kryptowährungen

Der Begutachtungsentwurf zur ökosozialen Steuerreform sieht vor, dass die Einkünfte i.Z.m. Kryptowährungen (prominentestes Beispiel ist **Bitcoin**) in die **Einkünfte aus Kapitalvermögen** eingegliedert werden sollen. Wichtig dabei ist, dass sämtliche **nach 28. Februar 2021 angeschaffte** Kryptowährungen nicht mehr den Tatbestand der **Spekulationseinkünfte** erfüllen können und somit nicht mehr durch Zeitablauf die **Steuerfreiheit von Veräußerungsgewinnen** erreicht werden kann. Hingegen soll – wie bereits üblich im Bereich der Einkünfte aus Kapitalvermögen und etwa auch bei Derivaten auf Kryptowährungen – zwischen **laufenden Erträgen** und **realisierten Wertsteigerungen** **unterschieden** werden. Regelmäßig soll dabei der **besondere Steuersatz** von **27,5 %** (analog z.B. zu den Einkünften aus Aktieninvestments) zur Anwendung kommen. Die 27,5 % Abzug sollen in Form einer **KEST** vom inländischen Schuldner bzw. vom inländischen Dienstleister einbehalten und abgeführt werden. Eine Übergangsfrist ist bislang nicht vorgesehen.

Der Begutachtungsentwurf enthält auch eine **Definition** des Begriffs **Kryptowährung**: „digitale Darstellung eines Werts, die von keiner Zentralbank oder öffentlichen Stelle emittiert wurde oder garan-

tiert wird und nicht zwangsläufig an eine gesetzlich festgelegte Währung angebunden ist und die nicht gesetzlichen Status einer Währung oder von Geld besitzt, aber von natürlichen oder juristischen Personen als Tauschmittel akzeptiert wird und die auf elektronischem Wege übertragen, gespeichert und gehandelt werden kann.“

Die **laufenden Einkünfte aus Kryptowährungen** sollen dem Begutachtungsentwurf entsprechend die Entgelte für die Überlassung von Kryptowährungen umfassen wie auch das „**Mining**“ von Kryptowährungen. Hingegen sollen „**Staking**“, „**Airdrops**“ und „**Bounties**“ nicht zu den laufenden Einkünften zählen. Unter Airdrops oder Bounties werden regelmäßig **unentgeltlich** oder nur für eine unwesentliche Gegenleistung übertragene Kryptowährungen verstanden. Zu den realisierten Wertsteigerungen sollen neben **Veräußerungen von Kryptowährungen** auch der **Tausch** von Kryptowährungen gegen andere Wirtschaftsgüter und Leistungen, einschließlich gesetzlich anerkannter Zahlungsmittel, zählen. Da **Airdrops, Bounties und Staking** nicht zu den laufenden Einkünften zählen, sollen sie unter den Tatbestand der **realisierten Wertsteigerungen** fallen – die Anschaffungskosten sind dann mit Null festzusetzen. Zu keinen realisierten Wertsteigerungen soll es bei dem **Tausch** von einer **Kryptowährung** in eine andere Kryptowährung kommen – es würden dann die Anschaffungskosten der abgegebenen Kryptowährung übertragen werden.

Dem **Anschaffungszeitpunkt** und den **Anschaffungskosten** von Kryptowährungen kommt nunmehr größere Bedeutung zu, da sie über die generelle Steuerpflicht entscheiden können und auch für die Höhe der Besteuerung maßgeblich sind. Der Begutachtungsentwurf sieht dabei vor, dass bei **unbekannten Anschaffungskosten** grundsätzlich die Angaben des Steuerpflichtigen zu Anschaffungskosten und -zeitpunkt gelten sollen (dies ist typischerweise wichtig für den inländischen Schuldner oder Dienstleister), sofern sie **nicht offensichtlich unrichtig** sind. Ist der Anschaffungszeitpunkt nicht bekannt oder wurde er vom Steuerpflichtigen nicht bzw. nicht richtig angegeben, so soll von einer **Anschaffung nach dem 28. Februar 2021** ausgegangen werden.

3 COVID-19-Maßnahmen-Corner

Das Thema COVID-19 und die damit verbundenen Maßnahmen zur wirtschaftlichen Unterstützung der Unternehmen und Steuerpflichtigen haben die Schlagzeilen in den letzten Monaten bzw. Jahren maßgeblich dominiert. Mit dem jüngsten Lockdown werden bisher bewährte Mittel wie der Ausfallbonus und der Verlustersatz verlängert.

- » Der **Ausfallbonus III** gilt für den Zeitraum von November 2021 bis März 2022 (für November 2021 kann er ab 16. Dezember beantragt werden) und führt zu einer branchenabhängigen Ersatzrate (vom eingebrochenen Umsatz) von 10 % bis 40 %.
- » Der **Verlustersatz** soll ab Anfang 2022 beantragbar sein und sieht eine Ersatzrate von 70 % bis 90 % des Verlustes vor – Voraussetzung ist ein Umsatzeinbruch von mindestens 40 % zum Vergleichsmonat.
- » Schließlich unterstützt auch der **Härtefallfonds** für November bis März 2022, wenn ein Umsatzrückgang von mindestens 40 % vorliegt bzw. die laufenden Kosten nicht mehr gedeckt werden können.
- » Die **Corona-Kurzarbeit** ist überdies ein fixer Bestandteil der Maßnahmen gegen wirtschaftliche COVID-19-Belastungen.

3.1 Corona-Kurzarbeit

Die mit Beginn der COVID-19-Pandemie eingeführte „**Kurzarbeit**“ ermöglicht den Unternehmen vor allem die **Sicherung der Beschäftigung** zur Bewältigung vorübergehender wirtschaftlicher Schwierigkeiten, vermeidet betriebsbedingte **Kündigungen** und trägt auch zur **Sicherung** des betrieblichen **Know-hows** und der **Flexibilität** im Personaleinsatz bei. **Seit Juli 2021** läuft bereits **Phase 5** der Kurzarbeit – immer noch hängt das Entgelt für die Arbeitnehmer bei Inanspruchnahme von Kurzarbeit von der **Entgelthöhe vor der Kurzarbeit** ab.

Phase 5 ist besonders durch **zwei Varianten** gekennzeichnet. Für die Höhe der Unterstützung wird dabei zwischen **Betrieben**, welche **von der Pandemie besonders betroffen** sind, und **anderen Betrieben** unterschieden (die Differenzierung orientiert sich grundsätzlich an dem **Einbruch des Umsatzes**). Als **besonders** von der **Pandemie betroffene Betriebe** gelten auch jene Unternehmen, die im Falle eines **neuerlichen Lockdowns unmittelbar** betroffen sind – etwa Unternehmen in der Nachtgastronomie oder in der Tagungsbranche. Während für die besonders von der Pandemie betroffenen Betriebe die in Phase 4 der Kurzarbeit geltenden Rahmenbedingungen weiterhin gelten, müssen die **anderen Betriebe seit Juli 2021** einen **Selbstbehalt** bzw. Abschlag von **15 %** der bisherigen Beihilfenhöhe in Kauf nehmen. Außerdem gilt seit 1. Juli **grundsätzlich** eine **Mindestarbeitszeit** von **50 %** – bei **besonders betroffenen Betrieben** sind es **mindestens 30 %**. Eine Unterschreitung der Mindestarbeitszeit ist im Einzelfall und mit einer qualifizierten Begründung möglich – so etwa bei einem neuerlichen Lockdown. Da sich die Mindestarbeitszeit nach wie vor auf den **Durchrechnungszeitraum** (Dauer der Kurzarbeitsperiode) bezieht, ist ein Unterschreiten der Mindestarbeitszeit in einzelnen Monaten möglich.

Für die **Arbeitnehmer** in Kurzarbeit hat **sich** ebenfalls **nichts geändert**, da die Höhe der vom Arbeitgeber zu leistenden Kurzarbeitsunterstützung gegenüber Phase 4 gleichbleibt (d.h. 90 % / 85 % bzw. 80 %). **Zeitlich** betrachtet gilt die Variante für **besonders betroffene Betriebe bis Ende 2021**, Phase 5 der Kurzarbeit für die sonstigen Betriebe dauert bis Mitte des Jahres 2022. Eine Verlängerung für Zeiträume danach erscheint angesichts der aktuellen Lage als durchaus möglich. Unverändert auch in Phase 5 der Kurzarbeit sind die Notwendigkeit der Antragstellung, **Abrechnung** und Erstellung eines Durchführungsberichts. Die Abrechnung besteht aus monatlichen Teilabrechnungen und einer Gesamtabrechnung. Ebenso muss der **Personalstand** während des Kurzarbeitszeitraums **grundsätzlich aufrechterhalten** werden – bei bestimmten Beendigungsarten des Beschäftigungsverhältnisses besteht also eine **Verpflichtung zur Nachbesetzung**.

3.2 Steuerliche Behandlung ausgewählter Corona-Förderungen

Bei der Vielzahl an verschiedenen Förderungen zur Abmilderung der negativen wirtschaftlichen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie stellt sich auch die Frage, wie die **einzelnen Förderungen steuerlich zu behandeln** sind. Nicht jede Förderung ist nämlich für sich automatisch steuerfrei, selbst wenn dadurch die maximale Wirkung für von der Krise betroffene Unternehmen eintreten würde.

Ausgangspunkt für die **Einordnung** der Förderungen sind die im Einkommensteuergesetz definier-

ten **steuerfreien Einkünfte**. Darunter fallen generell auch Bezüge oder **Beihilfen aus öffentlichen Mitteln**. Zudem wird als Kriterium nicht nur auf die **Mittelherkunft**, sondern auch auf die **Mittelverwendung** abgestellt (z.B. für Forschung, Studienförderung etc.). Die gängigen **COVID-19-Förderungen** werden bzw. wurden **zumeist aus öffentlichen Mitteln finanziert**. **Problematisch** ist aber die **Mittelverwendung** (z.B. Zuschuss zu Fixkosten, Investitionen etc.), die in der Regel per Gesetz als **nicht ausreichend** erachtet wird, um die **Kriterien der Steuerfreiheit** des EStG zu **erfüllen**.

Vom **Gesetzgeber** wurde jedoch **explizit** (in § 124b Z 348 EStG) klargestellt, dass Förderungen, die aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds, aus dem Härtefallfonds oder aus dem Corona-Krisenfonds finanziert werden bzw. wurden – **steuerfrei zu behandeln** sind (unabhängig davon, wofür die Förderung verwendet wird).

Folgende Maßnahmen werden bzw. wurden aus solchen „steuerfreien“ Corona-Töpfen finanziert und sind somit **steuerfrei**:

- » Fixkostenzuschuss I und II (800),
- » NPO-Unterstützungsfonds,
- » COVID-Investitionsprämie,
- » Härtefallfonds,
- » Verlustersatz,
- » Verdienstentgang nach Epidemiegesetz,
- » Kurzarbeitsbeihilfe.

Hingegen **nicht steuerfrei** sind dezidiert der **Umsatzersatz** sowie der **Ausfallsbonus**.

Um beurteilen zu können, ob diese **Steuerfreiheit** beim Steuerpflichtigen auch tatsächlich ankommt, ist **auch das Abzugsverbot für Aufwendungen** nach § 20 Abs. 2 EStG bzw. § 12 Abs. 2 KStG (**Betriebsausgabenkürzung**) zu beachten. Das Abzugsverbot bringt zum Ausdruck, dass **fehlender Steuerpflicht** auf der einen Seite ein **Abzugsverbot** auf der anderen Seite **gegenüberstehen** muss.

Kommt das Abzugsverbot zur Geltung, haben die zuvor steuerbefreiten Förderungen durch die **Aufwandskürzung** wieder eine **Erhöhung der Steuerbemessungsgrundlage** zur Folge, sofern der Förderung ein Aufwand gegenübersteht. Das Abzugsverbot besagt nämlich, dass **Aufwendungen nicht abgezogen werden dürfen**, soweit sie mit **nicht steuerpflichtigen Einnahmen in unmittelbarem wirtschaftlichem Zusammenhang** stehen. Durch diesen Umweg wird dort, wo ein direkter Zusammenhang zwischen den steuerfreien Förderungen und den Ausgaben besteht, **wieder steuerlich hinzugerechnet**, wobei es **im Endeffekt zu einer Neutralisierung der Steuerfreiheit der Förderung kommt**. Fraglich ist hierbei also, bei welchen Förderungen ein **direkter Link zwischen der Förderung und den Ausgaben** besteht. Nachfolgend findet sich eine **überblicksmäßige Einstufung** pro Förderung:

- » **Härtefallfonds**: es handelt sich um eine Förderung, die auf den **Einkommensersatz** abzielt. Da hier **kein Zusammenhang zu den Ausgaben** besteht, ist der Härtefallfonds **echt steuerfrei**, es kommt **kein Abzugsverbot** zum Tragen.
- » **Verdienstentgang gemäß Epidemiegesetz**: da es sich um einen **Ersatz des Verdienstes** handelt, besteht auch hier typischerweise **kein unmittelbarer wirtschaftlicher Zusammenhang mit den Ausgaben**. Folglich ist diese Förderung als **echt steuerfrei** anzusehen.

- » **Corona-Kurzarbeit (Kurzarbeitsbeihilfe):** hier besteht ein **unmittelbarer Zusammenhang** zwischen der Förderung und den Personalkosten der geförderten Mitarbeiter. Der geförderte Personalaufwand muss somit **hinzugerechnet** werden, wodurch sich die Steuerbemessungsgrundlage erhöht und die **Steuerersparnis neutralisiert** wird.
- » **Fixkostenzuschuss I und II (800):** die Verknüpfung zwischen der Förderung und den Fixkosten führt zu einem **Abzugsverbot** nach § 20 Abs. 2 EStG, sofern dem Zuschuss auch tatsächlich Betriebsausgaben gegenüberstehen. Da dies z.B. für den oftmals angesetzten geförderten **Unternehmerlohn nicht** der Fall ist, sind bei dieser Förderung **Teile auch echt steuerfrei**.
- » **Verlustersatz:** Hier wird die Förderung **unmittelbar** mit den „verlustbringenden“ **Ausgaben verknüpft**, womit auch hier das **Abzugsverbot** nach § 20 Abs. 2 EStG zur Geltung kommt.
- » **Umsatzersatz:** der Umsatzersatz ist nach § 124b Z 348 lit. b EStG **explizit steuerpflichtig**. Das Abzugsverbot ist nicht anwendbar.
- » Der **Ausfallsbonus** ist – ebenso wie der Umsatzersatz – **steuerpflichtig** zu behandeln. Der Teil des Bonus, der einen Vorschuss auf den Fixkostenzuschuss II (800) darstellt, wird zum Zeitpunkt der **Gegenrechnung** in einen Fixkostenzuschuss II (800) umgewandelt und ist ab diesem Zeitpunkt **steuerfrei**, wobei für diesen Teil auch das **Abzugsverbot** zum Tragen kommt.
- » **Investitionsprämie:** die Investitionsprämie ist **echt steuerfrei** und führt zu keiner Kürzung der Anschaffungskosten/Herstellungskosten für die bezuschusste Investition.
- » **NPO-Unterstützungsfonds:** grundsätzlich gilt, dass die steuerfreien Förderungen zum Abzugsverbot der damit zusammenhängenden Betriebsausgaben führen. Dies gilt allerdings nicht, soweit die Förderung auf den **Struktursicherungsbeitrag** entfällt – hierbei fehlt es an dem unmittelbaren Zusammenhang zwischen steuerfreier Einnahme und konkreter Ausgabe. Gemeinnützige Körperschaften, die ausschließlich steuerbefreite Tätigkeiten im Rahmen eines unentbehrlichen Hilfsbetriebs ausführen, bleiben von dem Abzugsverbot unberührt, da die erhaltenen Förderungen aus dem NPO-Unterstützungsfonds ohnehin nicht körperschaftsteuerpflichtig sind.

4 Fokus Unternehmer

4.1 Österreichische Verrechnungspreisrichtlinien 2021 veröffentlicht

Die Konzernverrechnungspreise haben nicht zuletzt durch das **BEPS-Projekt** der OECD und durch die Einführung des **Verrechnungspreisdokumentationsgesetzes (VPDG)** in den letzten Jahren massiv an Bedeutung gewonnen. Das Kernelement der Verrechnungspreise liegt in dem **Fremdverhaltensgrundsatz** („dealing at arm's length principle“) und führt dazu, dass **grenzüberschreitende** Transaktionen im Konzern so bepreist werden müssen, als ob mit einem fremden Dritten kontrahiert würde bzw. als ob zwei fremde Unternehmen miteinander verhandeln würden. Gegenüber den Finanzverwaltungen der beteiligten Staaten muss die **Fremdüblichkeit der Verrechnungspreise** regelmäßig in Form von **Verrechnungspreisdokumentation** (typischerweise Master File und Local File) nachgewiesen werden. Gelingt dies nicht, drohen Gewinnerhöhungen durch Betriebsprüfungen und im schlimmsten Fall kann es auch zu **Doppelbesteuerung** kommen.

Die österreichischen Verrechnungspreisrichtlinien, welche sich sehr stark an den Entwicklungen der OECD und auch an den **OECD-Verrechnungspreisrichtlinien (2017)** orientieren, sind zwar für den

Steuerpflichtigen nicht bindend, geben aber gute Einblicke in die Erwartungen an Verrechnungspreise seitens der Finanzverwaltung, nicht zuletzt da die Verrechnungspreisrichtlinien für die österreichische Finanzverwaltung **bindend** sind. Rund 11 Jahre nach den österreichischen Verrechnungspreisrichtlinien 2010 wurden Anfang Oktober 2021 die österreichischen **Verrechnungspreisrichtlinien 2021** (VPR 2021) neu verlaublicht. Der grundsätzliche Aufbau hat sich nicht wesentlich verändert – der Umfang der Richtlinien ist jedoch gestiegen und umfasst rund 180 Seiten. Die wesentlichen **Teilbereiche** der **VPR 2021** sind „Multinationale Konzernstrukturen“, „Multinationale Betriebsstättenstrukturen“, „Dokumentations- und Meldepflichten“ sowie „Abgabenbehördliche Verrechnungspreisprüfung“.

Im Teilbereich **Multinationale Konzernstrukturen** sind neben den **fünf OECD-Verrechnungspreismethoden** (Preisvergleichsmethode, Wiederverkaufspreismethode, Kostenaufschlagsmethode, Gewinnteilungsmethode und Transaktionsbezogene Nettomargenmethode) auch Erläuterungen zu den verschiedenen **konzerninternen Transaktionen** enthalten. Auffallende Änderungen gegenüber den Verrechnungspreisrichtlinien 2010 sind in den Bereichen **konzerninterne Dienstleistungen** oder auch bei der **konzerninternen Finanzierung** auszumachen. In punkto konzerninterner Finanzierung verfolgen die VPR 2021 immer mehr international übliche „state of the art“ Ansätze, wenn es darum geht, **Darlehen** im Konzern fremdüblich zu bepreisen, konzerninterne **Garantiegebühren** festzulegen usw. Schließlich setzen sich die VPR 2021 auch mit der in der Praxis wichtigen Verwendung von **Datenbankstudien** oder den strengen **Anforderungen** an Jahresend Anpassungen (**Year-End-Adjustments**) auseinander.

Im Bereich der **Verrechnungspreisdokumentationsanforderungen** geben die VPR 2021 nunmehr eine wichtige Orientierungshilfe, indem sie **konkrete Inhalte**, welche in einer Verrechnungspreisdokumentation enthalten sein müssen, spezifizieren. Betroffen sind nicht (nur) jene Unternehmen, welche unter das VPDG fallen und somit regelmäßig die 50 Mio. € Umsatzerlösgrenze überschreiten. Den VPR 2021 folgend und mit Bezug auf die **BAO** müssen auch **kleinere Unternehmen** eine **Verrechnungspreisdokumentation** erstellen, um die Fremdüblichkeit ihrer Verrechnungspreise nachweisen zu können. Die in den Verrechnungspreisrichtlinien 2021 genannten Anforderungen sind dabei nur **unwesentlich geringer** ausgefallen als jene im VPDG und der dazu ergangenen Durchführungsverordnung normierten Bestandteile. Vergleichbar größeren Konzernen sollten also auch KMUs mit verbundenen Unternehmen bzw. Betriebsstätten im **Ausland** die **österreichische Verrechnungspreisdokumentation** für die heimische Gesellschaft regelmäßig bis zur **Abgabe der Steuererklärung** für das entsprechende Jahr erstellen (typischerweise auf Deutsch oder auf Englisch).

4.2 Die Deckungsbeitragsrechnung für die Unternehmensplanung und -steuerung

Allgemein betrachtet bezieht die **Deckungsbeitragsrechnung** neben der **Kostenseite** auch die **Erlösseite** in die Berechnung mit ein. Die Deckungsbeitragsrechnung setzt die **Trennung** der betrieblichen Kosten in **Fixkosten** und **variable Kosten voraus** und geht überdies davon aus, dass die variablen Kosten proportional zum Produktwert bzw. zur Produktmenge verlaufen. Dies stellt auch – zumindest theoretisch – eine **Schwachstelle** der Deckungsbeitragsrechnung dar, da die Variabilität nicht immer linear, sondern auch progressiv oder degressiv verlaufen kann.

Die Deckungsbeitragsrechnung gilt als **Ausgangspunkt** für Instrumente wie **Break-even-Analysen**, **Prioritätensteuerung**, **Isodeckungsbeitragskurven**, **Opportunitätskostenrechnung**, **Provisionssysteme** usw. Bekanntermaßen bestimmt die Break-even-Analyse jenen Umsatz, bei welchem gerade Vollkostendeckung eintritt und die **Fixkosten dem Deckungsbeitrag entsprechen**. Die Kalkulation des Deckungsbeitrags kann auch zur Prioritätensteuerung herangezogen werden. Demnach richtet sich beispielsweise die **Priorität im Sortiment** nach dem **Deckungsbeitrag pro Einheit** oder nach relativen Deckungsbeiträgen pro Engpasseinheit (unter Berücksichtigung kapazitätsmäßiger Beschränkungen). Die **Isodeckungsbeitragskurve** eines Produkts zeigt schließlich jene Alternativen im Preis und bei der Absatzmenge eines Produktes auf, welche jeweils den **gleichen Deckungsbeitrag** innerhalb eines bestimmten Zeitraums ermöglichen.

Im Rahmen der Deckungsbeitragsrechnung kann zwischen ein- und mehrstufiger Deckungsbeitragsrechnung differenziert werden. Der grundsätzliche **Unterschied** besteht darin, dass bei der **einstufigen Deckungsbeitragsrechnung** die **Fixkosten** gleichsam als **ein Block** in die Betriebsergebnisrechnung eingehen. Hingegen wird bei der **mehrstufigen Deckungsbeitragsrechnung** der **Fixkostenblock aufgespalten** und **stufenweise verrechnet**. Bei der einstufigen Deckungsbeitragsrechnung und beim Vorliegen **mehrerer Produkte** bzw. Produktarten werden die Deckungsbeiträge je Produktart zusammengezählt (das ergibt den **Unternehmensdeckungsbeitrag**) und dann der **Fixkostenblock in Abzug gebracht**. Der sohin berechnete Periodenerfolg ist allerdings dadurch getrübt, dass sich durch die **Gleichbehandlung** sämtlicher **Fixkosten** nur eine **mangelnde Aussagekraft** in punkto genauen Gewinns pro Produktart ergibt. Für kurzfristige Entscheidungen mag diese Schwachstelle noch verkraftbar sein, jedoch weniger für **mittel- und langfristige Entscheidungen**. Die einstufige Deckungsbeitragsrechnung wird **weniger einsatzfähig**, je **höher der Anteil der Fixkosten** an den Gesamtkosten ist.

Bei der **mehrstufigen Deckungsbeitragsrechnung** werden die Fixkosten nach ihrer **Kostenverursachung differenziert** und nicht in einem Fixkostenblock verrechnet. Es kommt also zu einer **verantwortungsgerechten Zuordnung von Kosten und Erlösen auf die jeweiligen Verursacher**. Dabei ist darauf zu achten, dass die Zuordnung der Fixkosten an der jeweils untersten Stelle erfolgt, welcher sie **überschneidungsfrei zugeordnet** werden können. Grundsätzlich können die Fixkosten dabei in die Gruppen **Produktfixkosten** (z.B. Kosten für Spezialmaschinen und -werkzeuge), **Produktgruppenfixkosten** (Kosten für gemeinsam genutzte Gebäude, Maschinen und Anlagen), **Kostenstellen-** (etwa Raumkosten) bzw. **Bereichsfixkosten** (darunter versteht man Fixkosten, welche besonders für diese bestimmte Hierarchieebene anfallen) und **Unternehmensfixkosten** (z.B. Kosten des Rechnungswesens) **eingeteilt** werden. Die mehrstufige Deckungsbeitragsrechnung ist durch die **stufenweise Verteilung der Fixkosten** gekennzeichnet. Mit ihrer Hilfe kann viel genauer festgestellt werden, inwieweit einzelne Produkte, Produktgruppen oder auch Unternehmensbereiche in der Lage sind, die ihnen unmittelbar zurechenbaren fixen Kosten zu decken (im Endeffekt zeigt sich dadurch auch die **Erfolgssituation** der entsprechenden Produkte, Produktgruppen usw.). Somit kann auch festgestellt werden und als wertvolle Entscheidungsgrundlage dienen, in welchen Bereichen die höchsten, niedrigsten oder möglicherweise auch negative Deckungsbeiträge erzielt werden. In der Planungsphase kann dadurch **ungünstigen Kostenentwicklungen gegengesteuert** werden. Die mehrstufige Deckungsbeitragsrechnung kann schließlich nach der **zeitlichen Beeinflussbarkeit der Fixkosten** oder nach der **Auszahlungswirksamkeit der Fixkosten** erweitert und verfeinert werden.

4.3 Die Umsetzung der Zinsschranke in Österreich

Mit **1. Jänner 2021** wurde auch die **Zinsschrankenregelung** in **§ 12a KStG** umgesetzt (erstmalig gültig für nach dem 31.12.2020 beginnende Wirtschaftsjahre), nachdem schon länger ein Disput zwischen der EU-Kommission und der Republik Österreich geherrscht hat. Dem Namen entsprechend **schränkt** die Zinsschrankenregelung den **Zinsabzug** (als steuerlich wirksame Betriebsausgabe) **ein**. Die Zinsschrankenregelung soll insbesondere jene Gestaltungen verhindern, in denen **steuerliche Vorteile** aus einer besonders hohen, in Relation zum Gesamtkonzern **überproportionalen Fremdfinanzierung** einzelner Konzerngesellschaften lukriert werden können. Die Wirkung wird dadurch erreicht, dass es in **Hochsteuerländern** zu einem **Zinsabzug** kommt und die Zinsen in **Niedrigsteuerrändern** „**versteuert**“ werden. Andere, schon vor der Zinsschranke bestehende Einschränkungen des Zinsabzugs, beispielsweise bei konzerninternen Zinszahlungen, welche im Empfängerland nicht entsprechend hoch besteuert werden, bleiben weiterhin aufrecht. Denkbar ist, dass die **COVID-19-Krise** und damit einhergehende **steigende Fremdkapitalquoten** die Zinsschranke für einen größeren Kreis von Unternehmen bedeutsam gemacht hat.

Dem **Grundprinzip** der Regelung folgend ist die **Höhe des Zinsabzugs** von der **Höhe des steuerlichen EBITDA** (im Detail ist auch die EBITDA-Verordnung maßgeblich) **abhängig**, welches als Maßstab für die **steuerliche Wertschöpfung der Gesellschaft** angesehen werden kann. Sofern die Zinsaufwendungen des Wirtschaftsjahres die steuerpflichtigen Zinserträge (des Wirtschaftsjahres) übersteigen, kann dieser „**Zinsüberhang**“ **nur im Ausmaß von 30 %** des steuerlichen EBITDA dieses Wirtschaftsjahres **abgezogen** werden. Es ist dabei egal, ob der Zinsüberhang aus konzerninternen oder aus externen Finanzierungen stammt. Die Zinsschrankenregelung bringt teilweise **eigene Begriffsdefinitionen** mit sich. So ist beispielsweise bei dem **steuerlichen EBITDA** zu bedenken, dass steuerfreie Einnahmen, wie etwa **steuerfreie Dividenden** das steuerliche EBITDA **nicht erhöhen**. Generell ist das steuerliche EBITDA als der vor Anwendung der Zinsschrankenregelung ermittelte Gesamtbetrag der Einkünfte, neutralisiert um steuerliche Abschreibungen und Zuschreibungen sowie den Zinsüberhang definiert. Sofern also ein österreichischer Konzern zentral Fremdkapital aufnimmt und in Form von Eigenkapital an die ausländischen Tochtergesellschaften weitergibt, ist der Zinsaufwand für die Berechnung der Zinsschranke relevant, wenngleich diesem Zinsaufwand kein steuerliches EBITDA gegenübersteht. Der **Zinsbegriff** der Zinsschranke ist **weit gefasst** und beinhaltet z.B. auch Geldbeschaffungskosten oder die Finanzierungskosten im Rahmen des Finanzierungsleasings.

Damit die Zinsschranke **keine unverhältnismäßige Bürde für kleine und mittlere Unternehmen** darstellt, sind **verschiedene Ausnahmen und Erleichterungen** vorgesehen, welche nachfolgend überblicksmäßig dargestellt sind.

Freibetrag von 3 Mio. €

Unabhängig von der Höhe des steuerlichen EBITDA ist ein **Zinsüberhang von bis zu 3 Mio. € pro Veranlagungszeitraum** jedenfalls **steuerlich abzugsfähig**. Dies ist auch dann der Fall, wenn sich aufgrund des steuerlichen EBITDA eigentlich ein geringerer abzugsfähiger Betrag ergeben würde. Vor allem der Freibetrag soll dazu führen, dass **KMU** mit typischerweise geringerem Zinsaufwand und generell weniger Risiko der Steuervermeidung von der administrativen Bürde der Zinsschranke **ausgenommen** sind.

Ausnahme für eigenständige Unternehmen (Stand-alone-Klausel)

Nicht mit der Zinsschrankenregelung beschäftigen müssen sich auch Körperschaften, die nicht vollständig in einen Konzernabschluss einbezogen werden, über **kein verbundenes Unternehmen** verfügen (ein verbundenes Unternehmen liegt demnach vor, wenn bei einer unmittelbaren oder mittelbaren Beteiligung mindestens 25 % der Stimmrechte, des Kapitals oder des Gewinnanspruchs bestehen) und ebenso wenig eine Betriebsstätte im Ausland unterhalten.

Eigenkapitalquotenvergleich

Eine Ausnahme von der Zinsschrankenregelung ist gegeben, wenn die **Eigenkapitalquote** der **Körperschaft** bzw. der gesamten inländischen Unternehmensgruppe **gleich hoch oder höher als** die **Eigenkapitalquote** des **Konzerns** ist, zu dem die Körperschaft bzw. der Gruppenträger der inländischen Unternehmensgruppe gehört. Bei dem Vergleich der Kapitalquoten ist eine **Toleranzgrenze** von 2 Prozentpunkten vorgesehen. Eine Voraussetzung für die Vergleichbarkeit ist dabei, dass der Einzelabschluss der Körperschaft und der Konzernabschluss (z.B. nach UGB, IFRS oder US-GAAP) nach den **gleichen Bewertungsmethoden** erfolgen. Sofern Einzelabschluss und Konzernabschluss nach unterschiedlichen Rechnungslegungsvorschriften erstellt werden, muss **gegebenenfalls** eine **Überleitung** vom Einzelabschluss auf den Konzernabschluss **vorgelegt** werden. **Rein inländische Unternehmensgruppen** können durch den Eigenkapitalquotenvergleich die **Zinsschranke** typischerweise **verhindern**, sofern alle Konzerngesellschaften in die (inländische) Unternehmensgruppe einbezogen sind.

Ausnahme für Altverträge

Eine Erleichterung in der Anwendung der Zinsschranke ergibt sich auch dadurch, dass **Zinsaufwendungen** aus **sogenannten Altverträgen** (Vertragsabschluss vor dem 17.6.2016) grundsätzlich **keine Relevanz** für die Berechnung der Zinsschranke **haben**. Allerdings ist diese Bestimmung letztmalig für die Veranlagung 2025 gültig.

Vorliegen einer Unternehmensgruppe

Liegt eine **Unternehmensgruppe** i.S.d. Gruppenbesteuerung vor, so müssen die Zinsüberhänge und das jeweilige steuerliche EBITDA der einzelnen Gruppenmitglieder **beim Gruppenträger erfasst** werden. Diese Vorgehensweise ist dem Umstand geschuldet, dass die isolierte Anwendung der Zinsschranke auf Ebene jedes Gruppenmitglieds in manchen Fällen zu gravierenden steuerlichen Nachteilen führen würde. Im Rahmen der Gruppenbesteuerung gilt der **Freibetrag von 3 Mio. €** zwingend **für die gesamte Unternehmensgruppe** und ist demnach nicht von der Anzahl der Gruppengesellschaften abhängig.

Zins- und EBITDA-Vortrag

Zins- und EBITDA-Vortrag wirken vorteilhaft (Vorsicht **antragsgebunden!**), indem ein wegen der Zinsschranke **nicht abzugsfähiger Zinsüberhang** sowie ein **nicht genutztes Zinsabzugspotential** in Folgejahre **vorgetragen** werden können. Der Zinsvortrag erhöht die Zinsaufwendungen und

ebenso den Zinsüberhang, da die Zinsaufwendungen Teil des Zinsüberhangs sind. Damit es **nicht** zu einer **Doppelerfassung** kommt und weil der Zinsvortrag bereits im Entstehungsjahr das steuerliche EBITDA erhöht hat, ist der Zinsvortrag bei der Berechnung des steuerlichen EBITDA im Folgejahr nicht mehr zu berücksichtigen. Das nicht verrechnete **EBITDA** eines Wirtschaftsjahres kann (nur) auf die folgenden **fünf Wirtschaftsjahre** vorgetragen werden.

4.4 Die einkommensteuerliche Pauschalierung für Kleinunternehmer

Der Begriff des **Kleinunternehmers** war lange Zeit steuerlich ausschließlich mit der **Umsatzsteuer** verbunden. Kleinunternehmer sind – zusammengefasst ausgedrückt – bis zu einer jährlichen Umsatzgrenze von **35.000 € (netto)** von der Umsatzsteuer befreit und dürfen allerdings auch keine Vorsteuern geltend machen. Von der Kleinunternehmerregelung kann freiwillig abgegangen werden, indem zur Umsatzsteuerpflicht optiert wird (beispielsweise, um das Vorsteuerpauschale in Anspruch nehmen zu können).

Erstmals für die **Veranlagung 2020** wurde nun auch in der **Einkommensteuer** eine weitere Pauschalierungsvariante geschaffen, die tatsächlich eine große administrative Erleichterung mit sich bringt. Dementsprechend sind Unternehmen bzw. oftmals Selbständige weitgehend von **steuerlichen Aufzeichnungs- und Erklärungspflichten befreit**, wenn die Umsatzgrenze von 35.000 € (netto) im Kalenderjahr nicht überschritten wird. Die neue Art der Pauschalierung ist auch für **Mitunternehmenschaften anwendbar**, wobei bestimmte Sonderregelungen berücksichtigt werden müssen. Die Vereinfachung der einkommensteuerlichen Pauschalierung für Kleinunternehmer besteht darin, dass bei Erfüllen der Voraussetzungen grundsätzlich **weder eine Umsatzsteuer- noch eine vollständige Einkommensteuererklärung** abgegeben werden muss. Nicht zu vergessen ist jedoch, dass die beiden Kleinunternehmerregelungen nach Umsatz- und Ertragsteuer **voneinander unabhängig** angewendet werden können.

Eine wesentliche **Voraussetzung** für die Anwendung der einkommensteuerlichen Pauschalierung nach § 17 Abs. 3a EStG ist die Erzielung von **gewerblichen Einkünften** bzw. von **Einkünften aus selbständiger Arbeit**, wobei der Gewinn (vor Anwendung der Pauschalierung) durch Einnahmen-Ausgaben-Rechnung ermittelt werden muss. Explizit **ausgenommen** von dieser Pauschalierung sind allerdings Einkünfte eines wesentlich beteiligten Gesellschafter-Geschäftsführers sowie die Einkünfte als **Aufsichtsrat und Stiftungsvorstand**. Die Ausnahme ist damit begründet, dass bei diesen Einkünften regelmäßig keine derart hohen Betriebsausgaben anfallen und daher die Pauschalierung zu keinem sachgerechten Ergebnis führen würde. Abgesehen von der grundsätzlichen Umsatzgrenze von 35.000 € (netto), müssen noch weitere Besonderheiten beachtet werden.

Für die Anwendung der einkommensteuerlichen Pauschalierung von Kleinunternehmern sind nur jene Umsätze relevant, für welche diese Form der Pauschalierung auch anwendbar ist (daher sind im Gegensatz zur umsatzsteuerlichen Regelung Einkünfte aus einer Aufsichtsrats Tätigkeit nicht zu berücksichtigen). Dies hat auch zur Konsequenz, dass nicht alle nach der Einkommensteuer pauschalisierten Kleinunternehmer auch solche nach der Umsatzsteuer sind. Ein **einmaliges Überschreiten der Umsatzgrenze** auf maximal **40.000 € (netto)** führt **nicht** zum **sofortigen Ausschluss** von der

Pauschalierung gem. § 17 Abs. 3a EStG. Dies gilt dann, wenn die **Umsätze im Vorjahr nicht höher als 35.000 € (netto)** waren. Die 35.000 €-Grenze ist schließlich noch dahingehend relevant, dass bei Vorliegen mehrerer verschiedener Betriebe, für welche die neue Pauschalierung grundsätzlich anwendbar ist, für jeden Betrieb gesondert die Kleinunternehmerpauschalierung gewählt werden kann oder nicht. Wird jedoch für **alle Betriebe in Summe** (also für jene mit und ohne einkommensteuerliche Pauschalierung für Kleinunternehmer) die **Höchstgrenze** von 35.000 € netto **überschritten**, ist die **Pauschalierung für keinen der Betriebe anwendbar**.

Die einkommensteuerliche Pauschalierung für Kleinunternehmer sieht **pauschale Betriebsausgaben** i.H.v. **45 %** bzw. **für Dienstleistungsbetriebe von 20 % der Betriebseinnahmen** vor. **Zusätzlich** können noch Beiträge zur Pflichtversicherung in der gesetzlichen Kranken-, Unfall- und Pensionsversicherung, Beiträge zur gesetzlichen Arbeitslosenversicherung und Pflichtbeiträge an eine Betriebliche Vorsorgekasse steuerlich in Abzug gebracht werden. Ebenso kann der 13 %ige **Grundfreibetrag** geltend gemacht werden. **Steuerberatkosten** können darüber hinaus als Sonderbetriebsausgaben berücksichtigt werden. Überdies gilt das **Zufluss-Abfluss-Prinzip** auch für die Kleinunternehmerpauschalierung.

Der Grund für die bloß 20 % Betriebsausgabenpauschale für Dienstleistungsbetriebe liegt darin, dass diese Betriebe typischerweise eine geringere Kostenbelastung trifft. Welche **Branchen** unter das **20 % Betriebsausgabenpauschale** fallen, ist in einer **Verordnung** geregelt. Umfasst sind grundsätzlich

- » Dienstleistungen im Bereich freiberuflicher und wissenschaftlicher Tätigkeiten (z.B. Werbung, Markt- und Meinungsforschung, Rechtsberatung usw.),
- » Dienstleistungen in Kunst, Unterhaltung, Sport und Erholung,
- » Dienstleistungen im Bereich der gewerblichen Vermietung, Beherbergung und Verpflegung,
- » Dienstleistungen im Bereich der Informationstechnologie und Technik (z.B. Datenverarbeitung, Hosting und damit verbundene Tätigkeiten, Webportale),
- » Dienstleistungen im Bereich des Tourismus und Veranstaltungswesens,
- » Dienstleistungen in der Vermittlung und Arbeitskräfteüberlassung,
- » Dienstleistungen im Bereich der Beaufsichtigung, Reinigung für private Haushalte und Ähnliches (darunter fallen z.B. auch Sekretariats- und Schreibdienste, Copy-Shops),
- » Dienstleistungen im Bereich des Unterrichts, Vortragstätigkeit,
- » Dienstleistungen im sozialen Bereich,
- » Dienstleistungen im Bereich der Installation, für die Landwirtschaft, den Bergbau und die Gewinnung von Steinen und Erden.

Im Falle von **Mischbetrieben** muss für die Anwendung des Pauschalsatzes (45 % oder 20 %) auf jene Tätigkeit abgestellt werden, aus welcher der höhere Umsatz stammt.

Nach dem **Wechsel** von der **Kleinunternehmerpauschalierung** hin zur beispielsweise (gesetzlichen) **Basispauschalierung** oder zur vollständigen Einnahmen-Ausgaben-Rechnung ist der Schritt zurück zur Kleinunternehmerpauschalierung erst wieder nach einer **dreijährigen Sperrfrist** möglich. Beim Wechsel von der vollständigen Einnahmen-Ausgaben-Rechnung zur Kleinunternehmerpauschalierung (und umgekehrt) **unterbleibt** die Ermittlung eines **Übergangsgewinns bzw. -verlusts**. Gleiches gilt beim Wechsel von der Kleinunternehmerpauschalierung zur Basispauschalierung (und umgekehrt).

4.5 Arbeitgeber muss Homeoffice-Tage der Arbeitnehmer aufzeichnen

Die COVID-19 bedingt eingeführten und **zeitlich befristeten Homeoffice-Regelungen** haben nicht nur große Auswirkungen auf die **Arbeitnehmer** mit sich gebracht (siehe dazu den Beitrag in der Rubrik Fokus Arbeitnehmer). **Arbeitgeber** sind ebenso davon betroffen, da sie die **Homeoffice-Tage ihrer Arbeitnehmer aufzeichnen**, im Lohnkonto führen um am **steuerlichen Jahreslohnzettel (L16)** erfassen müssen. Durch die Aufzeichnungen soll auch eine **Kontrolle** der Arbeitnehmerveranlagungen **seitens** des **Finanzamts ermöglicht** werden, um etwa nachprüfen zu können, ob die Voraussetzungen für die **steuerliche** Geltendmachung von Ausgaben für die **Anschaffung ergonomisch geeigneten Mobiliars** erfüllt sind. Ebenso kann dadurch kontrolliert werden, ob die **steuerfreie** **Auszahlung des Homeoffice-Pauschales** durch den Arbeitgeber bzw. die Geltendmachung (des Differenzbetrags) durch den Arbeitnehmer **gerechtfertigt** war.

Maßgebend für die steuerlichen Begünstigungen ist der so genannte „**Homeoffice-Tag**“, welcher das **ausschließliche Arbeiten im Homeoffice** an einem Tag voraussetzt. Folglich liegt **kein** Homeoffice-Tag vor, wenn eine Dienstreise getätigt wird, die Wohnung zur Dienstverrichtung verlassen wird oder auch nur eine kurze berufliche Anwesenheit an der Arbeitsstätte („im Büro“) erfolgt. Ein Tag mit **teilweisem Urlaub** und **teilweise Homeoffice** zählt als **Homeoffice-Tag**. Bei Teilzeitkräften gilt unabhängig von der täglichen Normalarbeitszeit des Arbeitnehmers ein ganzer Arbeitstag als Homeoffice-Tag.

Der Arbeitgeber ist verpflichtet, rückwirkend **ab 1. Jänner 2021** die Anzahl der (ausschließlichen) **Homeoffice-Tage** seiner Arbeitnehmer in der **Lohnverrechnung** zu **erfassen** und am Lohnzettel auszuweisen. Sofern bislang noch keine Aufzeichnungen geführt wurden, kann die Anzahl der Homeoffice-Tage **für das 1. Halbjahr 2021 geschätzt** werden. Maßgebend sollen dabei die Erfahrungswerte der letzten Jahre sein – vor allem der ebenso durch die COVID-19-Pandemie gekennzeichnete Zeitraum ab März 2020. **Seit 1. Juli 2021** sind die Homeoffice-Tage zeitnah zu erfassen.

Die Pflicht zur Erfassung der Homeoffice-Tage besteht übrigens unabhängig davon, ob der Arbeitgeber das **steuerfreie Homeoffice-Pauschale** von **maximal 300 € pro Kalenderjahr** pro Arbeitnehmer gewährt oder nicht. Interessant ist auch das Verhältnis zwischen **Pendlerpauschale** und steuerlichen Begünstigungen i.Z.m. Homeoffice. Zwischen Homeoffice-Tagen und Pendlerpauschale besteht

grundsätzlich ein **Widerspruch**, da die **Tätigkeit am Arbeitsort** (und somit das Pendeln dorthin) für einen **Homeoffice-Tag** **schädlich** ist. **Bis Ende Juni 2021** war es allerdings möglich, das steuerfreie **Pendlerpauschale auch für Tage im Homeoffice** zu **berücksichtigen**. Seit 1. Juli 2021 schließen Homeoffice-Tage und Pendlertage einander kategorisch aus – allerdings sind immer noch **Konstellationen möglich**, in denen **Pendlerpauschale und Homeoffice-Pauschale nebeneinander** in Anspruch genommen werden können, sofern ausreichend Pendeltage vorliegen. Hintergrund dafür ist, dass das **volle Pendlerpauschale** bereits zusteht, wenn es in einem Monat **mehr als 10 Pendeltage** gibt. Für die Geltendmachung von Werbungskosten für ergonomisch geeignetem Mobiliar werden **mindestens 26 Homeoffice-Tage pro Kalenderjahr** vorausgesetzt.

4.6 BFG bestätigt strenge formale Anforderungen an Gruppenanträge

Eine wesentliche **Voraussetzung** für die **Einbeziehung** in die **steuerliche Unternehmensgruppe** gem. § 9 KStG ist ein **schriftlicher Gruppenantrag**, der von den **gesetzlichen Vertretern des Gruppenträgers** und aller einzubeziehenden **inländischen Körperschaften** zu **unterfertigen** ist. Um das steuerliche Ergebnis eines neuen Gruppenmitglieds in die Gruppe einbeziehen zu können, muss der Gruppenantrag nachweislich **vor Ablauf des Wirtschaftsjahres** der einzubeziehenden inländischen Körperschaft unterfertigt werden – in der Praxis und bei Regelwirtschaftsjahren werden **Gruppenanträge** daher **oftmals** kurz **vor Ablauf des Kalenderjahres** eingebracht.

Hierbei ist besondere **formale Sorgfalt** geboten, wie auch ein Erkenntnis des **BFG** (GZ RV/7103897/2020 vom 2.6.2021) nahelegt. Im konkreten Fall ging es um die **geplante Erweiterung einer bestehenden Unternehmensgruppe** um ein weiteres Gruppenmitglied. Allerdings hatte der **gesetzliche Vertreter des zukünftigen Gruppenmitglieds** im Formular G2 (Antrag auf Feststellung einer Unternehmensgruppe – Gruppenmitglied) **nicht an der vorgesehenen Stelle unterschrieben**. Als gesetzlicher Vertreter des Gruppenträgers und des Gruppenmitglieds fungierte dieselbe Person, welche das Formular sogar in der Unterschriftenzeile am Ende des Formulars unterschrieben hatte – allerdings **für das Gruppenmitglied nicht an** der vorgesehenen Stelle.

Das BFG führte im Rahmen seiner Überlegungen aus, dass für die Stellung des Gruppenantrags die amtlichen Formulare zu verwenden sind und der **Gruppenantrag** entsprechend zu **unterfertigen** ist. Andernfalls liegt ein **mangelhafter Antrag** vor, der zurückzuweisen ist und gegebenenfalls mittels **Mängelbehebung** saniert werden kann. Eine **Mängelbehebung** ist allerdings **nicht möglich**, wenn ein **materieller Mangel vorliegt**. Im konkreten Fall ist in Übereinstimmung mit der herrschenden Lehre von einem solchen **materiellen Mangel** auszugehen. Schließlich ist die **Unterfertigung** (des Gruppenantrags) als äußerer Ausdruck der zivilrechtlichen Willensbildung zwischen Gruppenträger und Gruppenmitgliedern, eine **Gruppe eingehen zu wollen**, nicht erfolgt. In Übereinstimmung mit dem Finanzamt **verneinte** das **BFG** die **Wirksamkeit des Gruppenantrags**. Bei Gruppenanträgen sollte daher **penibel** auf die Einhaltung der **formalen und materiellen Anforderungen** geachtet werden, da andernfalls erst ein späterer Gruppenantrag (im Folgejahr) erfolgreich eingebracht werden kann.

4.7 Abzugsfähigkeit von Schadenersatzzahlungen für verhängte Kartellstrafen

Grundsätzlich gilt für **Strafen und Geldbußen** ein **steuerliches Abzugsverbot**, um den Sinn und Zweck der Strafe aufrechtzuerhalten und den Lenkungseffekt nicht ad absurdum zu führen. Der **VwGH** hatte sich (GZ Ra 2019/13/0062 vom 19. März 2021) mit der Frage zu beschäftigen, ob die im Rahmen eines mit dem **ehemaligen Arbeitgeber** abgeschlossenen **Vergleichs** geleisteten **Schadenersatzzahlungen (Regresszahlungen)** als **Werbungskosten** geltend gemacht werden können. Anders ausgedrückt war Gegenstand des Vergleiches ein (teilweiser) Regress für eine **gegen** den ehemaligen **Arbeitgeber** in einem Gerichtsverfahren **verhängte Kartellstrafe**. Der (ehemalige) **Arbeitnehmer** verpflichtete sich als **Mitverantwortlicher** für die damals gegen seinen Arbeitgeber verhängte Kartellstrafe zur **teilweisen Wiedergutmachung** des Schadens – auch um einem drohenden Zivilprozess auf Schadenersatz zu entgehen.

Mit Verweis auf **frühere Rechtsprechung** ist für die **steuerliche Abzugsfähigkeit** einer Schadenersatzzahlung **maßgebend**, ob das **Fehlverhalten** der **betrieblichen bzw. beruflichen Sphäre** zuzuordnen ist (dann sind Schadenersatzzahlungen als Erwerbsaufwendungen **abziehbar**) oder ob das **Fehlverhalten** als **private Verhaltenskomponente** das Band zur betrieblichen/beruflichen Veranlassung durchschneidet – dann sind **Schadenersatzzahlungen nicht** als **Betriebsausgaben** bzw. **Werbungskosten absetzbar**. Bei der Zuordnung zur betrieblichen bzw. beruflichen Sphäre kommt es auch nicht darauf an, ob die Schadenersatzzahlung aus einem **rechtswidrigen Verhalten** des Steuerpflichtigen resultiert.

Der VwGH betonte bei seiner Entscheidung, dass eine **Schadenersatzzahlung**, welche ein **Dienstnehmer** für ein Verhalten leisten muss, das zur Verhängung einer gerichtlichen **Strafe beim Arbeitgeber** führt, **keine** dem **Abzugsverbot unterliegende Strafe** oder Geldbuße **darstellt** – die Zahlung fällt daher schon begrifflich **nicht** unter das **Abzugsverbot**. Ebenso wenig kann ein etwaiger kausaler Zusammenhang zwischen Schadenersatzzahlung und Kartellstrafe ein steuerliches Abzugsverbot der Regresszahlung begründen. Es handelt sich nämlich **lediglich** um den **Ersatz für Schäden**, welche der **Steuerpflichtige** seinem **ehemaligen Arbeitgeber** zugefügt hat.

Wie schon das BFG kam der **VwGH** zu dem Ergebnis, dass **Regresszahlungen** (im Zusammenhang mit der verhängten Kartellstrafe) beim ehemaligen Arbeitnehmer als **Werbungskosten abzugsfähig** sind. Da die **Zahlung beim ehemaligen Arbeitgeber steuerpflichtig** ist, kann es auch nicht dazu kommen, dass ein Teil der **Kartellstrafe mittelbar steuerlich wirksam** wird.

4.8 Halbsatzbegünstigung nur bei längerfristiger Einstellung der Erwerbstätigkeit möglich

Die sogenannte **Halbsatzbegünstigung** („**Hälftesteuersatz**“) greift nur bei der **Veräußerung** oder **Aufgabe des gesamten Betriebes**, nicht aber bei der Veräußerung oder Aufgabe eines Teilbetriebes. Konkret kommt sie zum Tragen, wenn ein Betrieb veräußert oder aufgegeben wird, weil der Steuerpflichtige

- » **gestorben** ist, oder
- » wegen einer **körperlichen oder geistigen Behinderung** in einem Ausmaß **erwerbsunfähig** ist, dass er nicht in der Lage ist, seinen Betrieb fortzuführen oder die mit seiner Stellung als Mitunternehmer verbundenen Aufgaben oder Verpflichtungen zu erfüllen, oder
- » das **60. Lebensjahr vollendet** hat und seine Erwerbstätigkeit einstellt.

Die Begünstigung erfolgt **antragsgebunden** und **reduziert** die **Einkommensteuer** aus dem Veräußerungs- bzw. Aufgabegewinn auf den **halben Durchschnittsteuersatz**, wenn seit der Eröffnung oder dem letzten entgeltlichen Erwerb des Betriebes **sieben Jahre verstrichen** sind. Wird die Begünstigung des Halftesteuersatzes in Anspruch genommen, muss grundsätzlich die **aktive Betätigung eingestellt** werden. **Nicht begünstigungsschädlich** sind **Pensionseinkünfte**, Einkünfte aus bloßer **Vermietung und Verpachtung** oder aus **Kapitalvermögen**.

Bei einem dem **VwGH** vorliegenden Fall (GZ Ro 2020/13/0002 vom 19. 5. 2021) hatte ein über 60-jähriger Steuerpflichtiger seinen **KG-Anteil verkauft** und für den Veräußerungsgewinn den **Halftesteuersatz** in Anspruch genommen. Einige Monate **nach der Veräußerung** ging er dann aber wieder ein **geringfügiges Dienstverhältnis** mit seiner (ehemaligen) KG **ein**. Fraglich war nun, ob die Wiederaufnahme der geringfügigen Tätigkeit für die **Halftesteuersatzbefreiung schädlich** ist. Die **Einkommensteuerrichtlinien** führen in diesem Zusammenhang aus, dass die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit nach **Ablauf eines Jahres** nach Betriebsveräußerung bzw. -aufgabe der **Begünstigung** grundsätzlich **nicht entgegensteht**. Ist allerdings zum Zeitpunkt der Betriebsveräußerung oder -aufgabe von vornherein die **Aufnahme einer Erwerbstätigkeit beabsichtigt**, kann **nicht** von einer **Einstellung** gesprochen werden, sodass die Begünstigung nicht zum Tragen kommt.

Der **VwGH** kam zu einem ähnlichen Ergebnis – eine **Einstellung der Erwerbstätigkeit** liegt nur dann vor, wenn diese auf eine **längerfristige Dauer ausgerichtet** ist. Zudem darf die **Wiederaufnahme der Tätigkeit nicht** von vornherein **geplant** gewesen sein. Da im vorliegenden Fall der Steuerpflichtige bereits wenige Monate nach der Veräußerung seine **Erwerbstätigkeit wieder aufgenommen** hat, war dies für den **Halftesteuersatz schädlich**. Aufgrund des kurzen Zeitraums der Unterbrechung von nur einigen Monaten musste der VwGH nicht näher definieren, welche Zeitspanne unter „längerfristig“ zu verstehen ist.

4.9 Rechnungsmerkmale bei Inlandslieferungen bzw. sonstigen Leistungen im Inland

Voraussetzung für den **Vorsteuerabzug** ist, dass die Leistung für das Unternehmen des Leistungsempfängers ausgeführt wurde und eine **ordnungsgemäße Rechnung** im Sinne des § 11 UStG vorliegt. Damit die auf einer **Eingangsrechnung** ausgewiesene Umsatzsteuer als **Vorsteuer** abzugsfähig ist, muss die Rechnung daher folgende Angaben enthalten:

Eingangsrechnung: Rechnungen von Ihren Lieferanten.

Ausgangsrechnung: Rechnungen an Ihre Kunden (=Leistungsempfänger). Die Ausfertigung der Rechnungen unterliegt bestimmten **Formalerfordernissen**.

Nachfolgende Angaben sind beim Rechnungsempfänger Voraussetzung für den Vorsteuerabzug! Eine Rechnung über 400 € (inkl. USt) hat gemäß §11 UStG folgende Punkte zu beinhalten:

1. Name und Anschrift des liefernden oder leistenden Unternehmens.
2. Name und Anschrift des Abnehmers der Lieferung oder des Empfängers der sonstigen Leistung.
3. Bei Rechnungen, deren Gesamtbetrag **10.000 € übersteigt**, ist die UID-Nummer des Leistungsempfängers anzugeben, wenn der leistende Unternehmer im Inland einen Wohnsitz/Sitz hat oder seinen gewöhnlichen Aufenthalt/eine Betriebsstätte hat UND der Umsatz an einen anderen Unternehmer für dessen Unternehmen ausgeführt wird.
4. Die Menge und die handelsübliche Bezeichnung der gelieferten Gegenstände oder die Art und den Umfang der sonstigen Leistung.
5. Tag der Lieferung oder der sonstigen Leistung bzw. den Zeitraum, über den sich die sonstige Leistung erstreckt.
6. Das Entgelt für die Lieferung/die sonstige Leistung und den anzuwendenden Steuersatz; im Fall einer Steuerbefreiung hat die Rechnung einen Hinweis zu enthalten, dass für diese Lieferung/sonstige Leistung eine Steuerbefreiung gilt.
7. Den auf das Entgelt entfallenden Umsatzsteuerbetrag in EUR (ggf. Umrechnungskurs mit Kurs des BMF bzw. EZB Kurs).
8. Das Ausstellungsdatum (bei Bargeschäften genügt der Hinweis: Lieferdatum=Rechnungsdatum; eines der beiden Daten muss jedoch tatsächlich mit dem Hinweis angegeben sein).
9. Fortlaufende Rechnungsnummer.
10. **UID-Nummer** des Unternehmers, sofern er im Inland Lieferungen/sonstige Leistungen erbringt, für die Recht auf Vorsteuerabzug besteht.

Bei Rechnungen, deren **Gesamtbetrag 400 €** (inkl. USt) **nicht** übersteigt, genügen folgende Angaben:

- » Ausstellungsdatum,
- » Name und Anschrift des liefernden/leistenden Unternehmens,
- » Menge und handelsübliche Bezeichnung der gelieferten Gegenstände/Art und Umfang der sonstigen Leistung,
- » Tag der Lieferung/der sonstigen Leistung/Zeitraum, über den sich die Leistung erstreckt,
- » Entgelt und der Steuerbetrag,
- » Steuersatz.

Weiters ist darauf zu achten, dass Eingangsrechnungen, die Sie als Unternehmer erhalten, ebenfalls diese Rechnungsbestandteile enthalten. Nur dann berechnen Sie zu einem Vorsteuerabzug.

Rechnung

Kundennummer: 999999
Belegnummer: 1234/2022
Ihre UID-Nummer: ATU 987654321

Belegdatum: 09.07. 2022
Fälligkeit: prompt

Lieferdatum: 06.07.2022

Zahlungsart: Einziehung

Tel: +43 (0) 123456789
Fax: +43 (0) 12345678900
E-mail: info@musterleistung.at

Max Muster GmbH
Hauptstrasse 21/14
2020 Hollabrunn

Vertragspartner:

Max Muster GmbH
Hauptstrasse 21/14
2020 Hollabrunn

	Menge	Betrag in € exkl. USt.	USt.	Betrag USt.	Betrag in € inkl. USt.
Produkt1	1	17,99	20%	3,60	21,59
Produkt2	1	10,00	20%	2,00	12,00
Summen		27,99		5,60	33,59

Unsere Kontodaten: IBAN: AT512976583000156823, BIC: AUAGTWXX

Bei Bankeinzug bitte nicht einzahlen.

Einwände gegen diese Rechnung sind bis spätestens 4 Wochen nach Rechnungserhalt schriftlich möglich, ansonsten gilt sie als anerkannt.

Zahlung: Prompt bei Erhalt der Rechnung, 12% p. a. Verzugszinsen.

Bei Fragen zu dieser Rechnung stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung: Mo-Fr, 08-17 Uhr

Dienstleistung Muster GmbH
Rathausplatz 5, 2000 Stockerau

FN 123123a, Landesgericht Korneuburg,
Firmensitz: Stockerau
UID-NR. ATU12345678

DVR-Nr: 12346567

Fehlerhafte Rechnungen bzw. Rechnungen, die den USt-Vorschriften nicht entsprechen, müssen vom Lieferanten **korrigiert** werden.



5 Fokus Arbeitnehmer

5.1 Steuerliche Begünstigungen beim Homeoffice

Die Corona-Pandemie hat zu einem umfassenden Anstieg und zu erhöhter Akzeptanz von **Arbeit im Homeoffice** geführt. Folglich wurden diverse steuerliche Maßnahmen beschlossen, um auch durch Homeoffice hervorgerufene, **höhere Kosten für die Arbeitnehmer** steuerlich auszugleichen. Bedeutsam ist hierbei das sogenannte **Homeoffice-Pauschale**, welches vom **Arbeitgeber** an den Arbeitnehmer **nicht steuerbar ausgezahlt** werden kann. Das Pauschale ist mit **3 € pro Homeoffice-Tag** für **maximal 100 Tage im Kalenderjahr** begrenzt. Sofern der **Arbeitgeber** diesen steuerfrei belassenen Kostenersatz nicht oder **nicht** in voller Höhe **auszahlt**, kann die **Differenz** auf die insgesamt 300 € vom **Arbeitnehmer** – unter der Voraussetzung, dass tatsächlich Homeoffice-Tage geleistet wurden – als **pauschale Werbungskosten** in der Veranlagung geltend gemacht werden. Zu beachten ist dabei, dass der Arbeitnehmer im selben Kalenderjahr **nicht Ausgaben** für ein (häusliches) **Arbeitszimmer** ansetzt; selbst wenn dies im Rahmen einer anderen (betrieblichen) Einkunftsart geschieht. In einer solchen Konstellation ist es daher vorteilhaft, wenn das Homeoffice-Pauschale vom Arbeitgeber (ohne Steuerabzug) ausbezahlt wird. **Unabhängig davon**, ob das **Homeoffice-Pauschale** vom Arbeitgeber bezahlt wird oder es der Arbeitnehmer im Zuge der Veranlagung geltend macht, **kürzt** es die **steuerlich abzugsfähigen „Ausgaben für digitale Arbeitsmittel** zur Verwendung eines in der Wohnung eingerichteten Arbeitsplatzes“ in Höhe des geltend gemachten Homeoffice-Pauschales. Ungekürzt bleibt das allgemeine Werbungskostenpauschale i.H.v 132 €. Anders sieht es aus, wenn die **digitalen Arbeitsmittel** wie etwa Notebook, Drucker usw. **vom Arbeitgeber überlassen** werden. Weder die Überlassung noch eine allfällige Privatnutzung stellen einen steuerpflichtigen Sachbezug beim Arbeitnehmer dar.

Seit dem Jahr 2020 können **zusätzlich Werbungskosten** für die Anschaffung **ergonomisch geeigneten Mobiliars für das Homeoffice** geltend gemacht werden, wobei es sich insbesondere um

Schreibtisch, Drehstuhl und Beleuchtung handelt. Wiederum wird vorausgesetzt, dass im selben Kalenderjahr keine Aufwendungen für ein häusliches Arbeitszimmer geltend gemacht werden. Durch diese Regelung ist es möglich, dass Arbeitnehmer **ohne eigenes steuerliches Arbeitszimmer** die Anschaffung von Möbeln in der eigenen Wohnung steuerlich absetzen können. Wenngleich ungewiss ist, wie hoch die Anforderungen an die Ergonomie der Gegenstände tatsächlich sein werden, ist jedenfalls bedeutsam, dass **zumindest 26 Homeoffice-Tage** (im Kalenderjahr) durch den Arbeitnehmer geleistet werden müssen. Zur Verpflichtung zur Aufzeichnung der Homeoffice-Tage durch den Arbeitgeber siehe auch den Beitrag in der Rubrik „Fokus Unternehmer“. Der **jährliche Höchstbetrag für ergonomische Möbel beträgt 300 €**, wobei der übersteigende Teil bis zum Kalenderjahr 2023 **vortragsfähig** ist. Der Höchstbetrag von 300 € gilt dabei pro Jahr für 2021 bis 2023. Für die **Veranlagung 2020** konnten immerhin schon **150 €** steuerlich für die Anschaffung ergonomisch geeigneten Mobiliars berücksichtigt werden – es wird dann jedoch die Höchstgrenze für das Jahr 2021 entsprechend gekürzt. **In Summe** können also für die drei Jahre bzw. vier Jahre **900 €** an zusätzlichen Werbungskosten steuerlich abgesetzt werden.

Insgesamt betrachtet sind die neuen steuerlichen Home-Office Regelungen besonders dann interessant, wenn das **Homeoffice-Pauschale und der Werbungskostenabzug für ergonomische Möbel** in Anspruch genommen werden können (vermindert die Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit in einem Jahr um 600 €). Die bisherigen, teilweise sehr **strengen, Anforderungen** an die steuerliche Abzugsfähigkeit i.Z.m. dem **häuslichen Arbeitszimmer** bleiben durch die Corona-bedingten Homeoffice-Regelungen grundsätzlich unangetastet. Zukünftige mit dem Arbeitgeber abgeschlossene **Homeoffice-Vereinbarungen** erleichtern die steuerliche Anerkennung des häuslichen Arbeitszimmers voraussichtlich dahingehend, dass der Mittelpunkt der nichtselbständigen Tätigkeit im häuslichen Arbeitszimmer angenommen werden kann.

5.2 Angleichung der Kündigungsfristen von Arbeitern und Angestellten

Die **Angleichung** der **Kündigungsfristen** von **Arbeitern und Angestellten** wurde schon öfters verschoben. So war **ursprünglich der 1. Jänner 2021** für das Inkrafttreten geplant gewesen und dann wurde die Frist aufgrund der Coronakrise um ein halbes Jahr verschoben. Zuletzt kam es erneut zu einer Verzögerung um drei Monate (von 1. Juli auf **1. Oktober 2021**).

Generell unterschieden sich (bisher) die Kündigungsfristen zwischen Arbeitern und Angestellten sowie zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Darüber hinaus sind **Branchen** mit überwiegendem **Saisonbetrieb** als **Sonderfall** zu berücksichtigen – für Tourismusbetriebe und Baugewerbe etwa gelten **Ausnahmeregelungen**. Auf **Kollektivvertragsebene** können überhaupt **abweichende Vorschriften** gelten wie etwa Kündigungsmöglichkeiten zur Monatsmitte bzw. zum Monatsende usw. Besonders auffällig und **Grund für die Angleichung** war der Umstand, dass bisher **Arbeiter im Extremfall innerhalb weniger Tage gekündigt** werden konnten, während für Angestellte bei der Kündigung durch den Dienstgeber Fristen von mindestens 6 Wochen galten.

Die für den **Arbeitgeber gesetzlich relevanten Kündigungsfristen seit Oktober 2021** gelten für **Angestellte und Arbeiter** gleichermaßen und sind nach vollendeten **Dienstjahren** gestaffelt. Die

Kündigungsfrist (der **Arbeitgeber** kann das Arbeitsverhältnis mit Ablauf eines jeden **Kalendervierteljahres** kündigen – im Vereinbarungswege sind auch der 15. oder der letzte Tag eines Monats als Kündigungstermin zulässig) beträgt bis zum vollendeten 2. Dienstjahr **6 Wochen**, nach dem vollendeten 2. Dienstjahr **2 Monate**, nach dem vollendeten 5. Dienstjahr **3 Monate**, nach dem vollendeten 15. Dienstjahr **4 Monate** und nach dem vollendeten 25. Dienstjahr schließlich **5 Monate**. Von **Arbeitnehmerseite** ist basierend auf dem **Gesetz** eine **Kündigungsfrist** von nur **1 Monat** (zum Monatsletzten) vorgesehen – allerdings kann eine **gleichlange Frist** wie für den **Arbeitgeber** vereinbart werden.

Neben der angeglichenen Kündigungsfrist sind noch weitere Aspekte für Arbeiter- und Angestelltenverhältnisse **praxisrelevant**, wobei weiterhin auch **Unterschiede bestehen** können. So sind **Sonderzahlungen** („Urlaubs- und Weihnachtsgeld“) zwar nicht gesetzlich geregelt, sondern üblicherweise im Kollektivvertrag oder Dienstvertrag vereinbart. Regelmäßig sind **Arbeiter** insofern **benachteiligt**, als bei **fristloser Entlassung** bzw. unbegründetem vorzeitigem Austritt der **Sonderzahlungsanspruch verloren geht**. **Angestellten** hingegen, sofern sie einen Anspruch auf Sonderzahlungen haben, gebührt auch bei **fristloser Entlassung** bzw. bei unbegründetem vorzeitigem Austritt der **aliquote Teil der Sonderzahlungen**.

In punkto **Urlaubes** kommt es bei Beendigung des Arbeits- bzw. Angestelltenverhältnisses oftmals dazu, dass der **anteilige Urlaub des laufenden Jahres** bis zum Ende des Dienstverhältnisses nicht konsumiert werden kann. Dann besteht das Anrecht auf **aliquote Auszahlung des Urlaubs** für das laufende Jahr, die sogenannte **Urlaubersatzleistung**. Sofern jedoch das Dienstverhältnis durch unbegründeten vorzeitigen Austritt beendet wird, **verlieren** sowohl **Arbeiter** als auch **Angestellte** den Anspruch auf Auszahlung des aliquoten Urlaubs des laufenden Jahres.

5.3 Pendlerpauschale steht auch bei Fahrgemeinschaft zu

Kosten für **Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte** sind bei **Arbeitnehmern** durch den **Verkehrsabsetzbetrag** i.H.v. grundsätzlich 400 € abgegolten, wobei dieser unabhängig von der Höhe der tatsächlichen Fahrtkosten zusteht. Damit darüber hinaus das **Pendlerpauschale** vom Arbeitnehmer in Anspruch genommen werden kann, müssen unterschiedliche Voraussetzungen erfüllt sein. Die **Entfernung** zwischen Wohnung und Arbeitsstätte muss **mindestens 20 km betragen** (**kleines Pendlerpauschale**) oder es muss bei einer Entfernung von mindestens 2 km die **Benützung eines Massenbeförderungsmittels** zumindest hinsichtlich der halben Wegstrecke **nicht zumutbar oder nicht möglich** sein (**großes Pendlerpauschale**). Der **Pendlereuro** als **Absetzbetrag** reduziert darüber hinaus die (Lohn)Steuer, indem pro Kilometer Distanz zwischen Wohnung und Arbeitsplatz 2 € pro Jahr geltend gemacht werden können.

Das **BFG** (GZ RV/7104590/2020 vom 29. März 2021) hatte sich mit einem Fall auseinanderzusetzen, in dem **Vater, Mutter und Sohn** in unterschiedlichen Positionen bei einem Arbeitgeber in Österreich angestellt waren und regelmäßig **per PKW** vom Wohnort in **Ungarn** zum Arbeitsort **nach Österreich pendelten** (hin und zurück ungefähr 180 km). An einem Teil der Arbeitstage und bedingt durch **unterschiedliche Arbeitszeiten** legte der **Sohn** die Strecke zwischen Wohnung und Arbeitsplatz **allein** zurück und an **manchen Arbeitstagen** in einer **Fahrgemeinschaft mit** seiner **Mutter** oder seinem **Vater**. Aufgrund der weiten Wegstrecke und der fixen Arbeitszeiten (Arbeitsbeginn um 6:30)

ist die Anreise mit **öffentlichen Verkehrsmitteln** zweifelsohne **unzumutbar**. **Strittig** für die Inanspruchnahme des Pendlerpauschales war allerdings, ob es auch dann **zusteht**, wenn die Strecke vom Wohnort zum Arbeitsort in Form einer **Fahrgemeinschaft zurückgelegt** wird. Im Gegensatz zu den allein bestrittenen Fahrten sind dem Steuerpflichtigen an jenen Tagen, an denen er mit Vater und/oder Mutter in Fahrgemeinschaft unterwegs war, nur die Hälfte bzw. 1/3 der jeweiligen Fahrtkosten zuzurechnen.

Das **BFG** kam zur **Entscheidung**, dass das **Pendlerpauschale in voller Höhe zusteht** und somit **auch** für jene **Tage**, an denen der Steuerpflichtige eine **Fahrgemeinschaft** mit seiner Mutter und/oder seinem Vater bildete. Allein aus dem **Gesetzeswortlaut** sei nämlich keine auf den hier vorliegenden Sachverhalt zutreffende Bestimmung ableitbar, wonach **kein Pendlerpauschale** oder ein geringeres als das gesetzlich festgelegte Pendlerpauschale **zustünde**. Überdies hängt der Anspruch dieser Begünstigung nicht von der Höhe der tatsächlich angefallenen Kosten ab. Schließlich ist – dem BFG folgend – das **Pendlerpauschale keinesfalls** mit der Höhe der **tatsächlich angefallenen Kosten limitiert**.

5.4 „Doppelte Haushaltsführung“ bei einer Wohngemeinschaft?

Die **Kosten für den privaten Haushalt** sind gewöhnlich dem Privatbereich zuzuordnen und damit zusammenhängende Aufwendungen deshalb **steuerlich irrelevant** und nicht abzugsfähig. Wer aber aus beruflichen Gründen **in der Nähe des Arbeitsplatzes** einen **zweiten Haushalt** führt, kann diese Kosten unter gewissen Voraussetzungen **steuerlich geltend machen**. Grundvoraussetzung für die steuerliche **Geltendmachung als doppelte Haushaltsführung** ist zunächst das Vorliegen von und das Tragen von Kosten für zwei haushaltsführende Wohnsitze. Eine weitere Bedingung besteht darin, dass die **tägliche Rückkehr zum Familienwohnsitz als unzumutbar** anzusehen ist. Hiervon ist bei einer **Entfernung von mehr als 80 km** vom Beschäftigungsort auszugehen und wenn die **Fahrzeit** mit dem tatsächlich benutzten Verkehrsmittel **mehr als 1 Stunde** beträgt. In Einzelfällen kann auch bei geringerer Entfernung Unzumutbarkeit aufgrund der Wegstrecke und damit verbundener außergewöhnlich langer Fahrzeit vorliegen.

Steuerlich abgesetzt werden können die **Kosten für eine zweckentsprechende Wohnung einschließlich** der erforderlichen **Einrichtungsgegenstände**. Die Verwaltungspraxis geht davon aus, dass die durchschnittlichen Kosten einer Hotelunterkunft von **bis zu 2.200 € monatlich nicht überschritten** werden dürfen. Verheiratete sowie in eingetragener Partnerschaft oder eheähnlicher Gemeinschaft (auch ohne Kind) Lebende können diese Werbungskosten auf Dauer absetzen, wenn die Partnerin/der Partner steuerlich relevante Einkünfte (mehr als 6.000 € jährlich oder mehr als 1/10 der Einkünfte der/des Steuerpflichtigen) erzielt. Ist die Partnerin oder der Partner **nicht berufstätig**, kann die doppelte Haushaltsführung in der Regel für eine Dauer von **zwei Jahren** beansprucht werden. Bei **Alleinstehenden** ist sie mit **sechs Monaten befristet**.

In den **Einkommensteuerrichtlinien** ist noch von einer zusätzlichen Bedingung die Rede, nämlich von einem **eigenen Hausstand am Arbeitsort**. Ein Hausstand setzt eine **eingerichtete**, den Lebensbedürfnissen entsprechende **Wohnung** des Steuerpflichtigen **voraus**. Er muss hierbei **die Haushalts-**

führung bestimmen oder wesentlich mitbestimmen. Um diesen Sachverhalt ging es bei einem dem VwGH vorgetragenen Fall (GZ Ra 2019/13/0061 vom 5.2.2021). Ein Arbeitnehmer hatte die **Kosten** für eine **Wohnung** nahe des Arbeitsplatzes **geltend gemacht, die er mit seinem Bruder teilte**. Der Arbeitnehmer unterhielt noch eine weitere Wohnung bei seiner **im Ausland lebenden Ehefrau**. Finanzamt und BFG lehnten die Mehrkosten ab, da am Berufswohnsitz **kein eigener Hausstand geführt** werde, weil die Wohnung gemeinsam mit dem Bruder bewohnt wurde.

Der **VwGH** kam hingegen zur Entscheidung, dass **Aufwendungen für ein (Untermiet-)Zimmer im Rahmen der doppelten Haushaltsführung** als Werbungskosten **abzugsfähig** sein können. Auch eine im **Rahmen einer Wohngemeinschaft** genützte Wohnung kann einen **Berufssitz darstellen**. Der **eigene Hausstand**, wie ihn die Definition des Familienwohnsitzes i.S.d. Pendlerverordnung vorsieht, ist **überschießend** und **nicht** auf die steuerliche Geltendmachung der doppelten Haushaltsführung **übertragbar**. Die **Kosten für das Zimmer** konnten somit in der Arbeitnehmerveranlagung **steuerlich mindernd angesetzt** werden.

5.5 Kosten für eine privatärztliche Operation als außergewöhnliche Belastung

Für die steuerliche Anerkennung einer Ausgabe als **außergewöhnliche Belastung** müssen die Kriterien der **Außergewöhnlichkeit**, der **Zwangsläufigkeit** und der **wesentlichen Beeinträchtigung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit** erfüllt sein. Das **BFG** hatte sich (GZ RV/7104192/2020 vom 1. April 2021) mit der Frage zu beschäftigen, ob die Kosten für die **Operation in einer Privatklinik** als **außergewöhnliche Belastung** anerkannt werden können.

Die Hintergründe für den Entschluss, die Schulteroperation in einem Privatspital durchführen zu lassen, waren **finanzieller Natur** – so fürchtete die Steuerpflichtige vor allem eine sogenannte „Aussteuerung“ durch die Gebietskrankenkasse und den **Verlust des Arbeitsplatzes**, da sie sich bereits 7 Monate in Krankenstand befunden hatte. Die **Aussteuerung** hätte dazu geführt, dass sie weder Zahlungen der Gebietskrankenkasse noch Zahlungen des Arbeitgebers (mangels Arbeitsfähigkeit) erhalten hätte. Während das **BFG** diese Angst als nicht nachvollziehbar erachtete, da das Krankengeld sogar für eine weitere Wartezeit auf die Operation von 3 bis 6 Monaten gereicht hätte, ist die **Angst vor Verlust des Arbeitsplatzes objektiv nachvollziehbar**, sofern der monatelange Krankenstand fortgeführt worden wäre. Dem BFG folgend hätte nämlich der **Dienstgeber** nach 1 Jahr Krankenstand das **Dienstverhältnis lösen können**. Die **Inanspruchnahme der Operation auf eigene Kosten war demnach zwingend notwendig**, da der Verlust des Arbeitsplatzes eine unbedingt zu vermeidende Situation darstellt. Da die Patientin vor der Operation in der Privatklinik bereits einen Aufenthalt in einem öffentlichen Krankenhaus absolviert hatte, kann auch nicht das „Bedürfnis“ nach dem Genuss eines Hotelkomforts in einer Privatklinik (im Gegensatz zu einem öffentlichen Spital) als Motiv ins Spiel gebracht werden.

Für die Anerkennung als außergewöhnliche Belastung ist hier vor allem der **Aspekt der Zwangsläufigkeit** strittig. Die ebenso relevante „wesentlichen Beeinträchtigung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit“ wird grundsätzlich durch einen Selbstbehalt abgedeckt, wobei im konkreten Fall aufgrund des Zusammenhangs der Operation mit einer bestehenden **Behinderung** kein **Selbstbehalt** anzu-

setzen ist. **Zwangsläufigkeit** liegt vor, wenn sich der Steuerpflichtige der **Belastung** aus **tatsächlichen, rechtlichen oder sittlichen Gründen nicht entziehen kann**. Die Steuerpflichtige konnte sich aus **tatsächlichen Gründen** (Verlust des Arbeitsplatzes, sofern die Operation nicht rasch in einem Privatspital durchgeführt wird) **nicht entziehen** – demnach ist die Belastung durch die Kosten zwangsläufig. Die Kosten für die privatärztliche Operation können demnach als **außergewöhnliche Belastung** steuerlich geltend gemacht werden.

5.6 Nicht alle Ausgaben für eine 24h-Pflege sind eine „außergewöhnliche Belastung“

Bei einer **Betreuung von Pflegebedürftigen** zu Hause sind die damit verbundenen Aufwendungen wie bei einer Heimbetreuung ab Bezug von Pflegegeld der **Pflegestufe 1** als **außergewöhnliche Belastung** abzugsfähig. Alternativ kann der Pflegebedarf auch durch ein ärztliches Gutachten nachgewiesen werden. Dabei können alle im Zusammenhang mit der Betreuung anfallenden Aufwendungen und Ausgaben, wie zum Beispiel **Kosten für das Pflegepersonal** und eventuelle Aufwendungen für die **Vermittlungsorganisation**, geltend gemacht werden. Diese Aufwendungen sind um die erhaltenen **steuerfreien Zuschüsse** (z.B. Pflegegeld, Zuschuss zu den Betreuungskosten) zu **kürzen**.

Diese **außergewöhnlichen Belastungen** können **vom Betreuten** oder vom alleinverdienenden Ehepartner **ohne Abzug** eines **Selbstbehaltes** geltend gemacht werden. Bezieht die zu betreuende Person kein oder ein zu niedriges eigenes Einkommen, kann auch eine andere unterhaltsverpflichtete Person, welche die Aufwendungen trägt, diese als außergewöhnliche Belastung geltend machen. In diesem Fall erfolgt jedoch die **Kürzung um den Selbstbehalt**. Grundsätzlich gilt für die steuerliche Anerkennung von Ausgaben als außergewöhnliche Belastung, dass die Merkmale der **Außergewöhnlichkeit** und der **Zwangsläufigkeit** erfüllt sein müssen. Außerdem muss die **wirtschaftliche Leistungsfähigkeit wesentlich beeinträchtigt** sein.

In einem dem **VwGH** vorliegenden Fall (GZ Ra 2020/15/0029 vom 24.3.2021) **organisierte** die **Tochter** für ihre Mutter eine **24h-Pflegekraft**. Hierzu **verrechnete** sie **Fahrtkosten** zu ihrer Mutter in Form des **Kilometergeldes** an den Lebensgefährten der Mutter weiter, der diese wiederum als außergewöhnliche Belastung absetzen wollte. Der **VwGH** stufte diese Kosten als **Besuchsfahrten** ein und **verneinte die Abzugsfähigkeit als außergewöhnliche Belastung**. Es fehlte dem VwGH an Gründen und Hinweisen, **wieso** die **Anwesenheit** der **Tochter** bei der Organisation der Pflegekraft **zwingend notwendig war** und nicht auch von zu Hause aus hätte organisiert werden können. Bereits bei früherer Rechtsprechung hatte der VwGH die Fahrtkosten für die Begleitung bei Spaziergängen, Besorgungen und Arztbesuchen nicht unter die außergewöhnlichen Belastungen subsumiert, sondern sah diese als privat veranlasst (es **mangelt** an dem Kriterium der **Außergewöhnlichkeit**). Das Organisieren einer Pflegekraft gehört ebenso zu solchen privaten Besorgungen, wenn keine atypischen Umstände vorliegen.

Die **Fahrtkosten für die Organisation der 24h-Pflege** konnten demnach **nicht als außergewöhnliche Belastung** abgesetzt werden. Fraglich war dabei auch, ob die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel tatsächlich unvermeidbar gewesen wäre und deshalb der Pkw für die Fahrten zur Mutter genutzt werden musste.

5.7 Bei der Bestimmung des Mittelpunkts der Lebensinteressen sind viele Parameter zu beachten

Dem **Mittelpunkt der Lebensinteressen** kommt für die Beurteilung der **Ansässigkeit** von **natürlichen Personen** und folglich für die Bestimmung der **unbeschränkten Steuerpflicht** in dem einen oder anderen Staat große Bedeutung zu. Gemäß **Doppelbesteuerungsabkommen (DBA)** ist der Mittelpunkt der Lebensinteressen in erster Linie entscheidend, wenn die natürliche Person **in beiden Staaten** über eine ständige **Wohnstätte** (etwa eine **Wohnung**) verfügt. Im konkreten Fall hatte sich das **BFG** (GZ RV/7100987/2017 vom 14.4.2021) mit der Frage auseinanderzusetzen, ob im Rahmen einer **temporären Entsendung ins Ausland** – bei Beibehaltung eines inländischen Wohnsitzes – der **Mittelpunkt der Lebensinteressen in Österreich** verbleibt.

Ausgangspunkt war eine für fast 1,5 Jahre **befristete Entsendung** durch den österreichischen Arbeitgeber **nach Kanada**. An diese Entsendung knüpfte eine zweijährige Beschäftigung (befristeter lokaler Dienstvertrag) bei der kanadischen Niederlassung des Unternehmens an. Im strittigen **Jahr 2012** war der Arbeitnehmer teils im Rahmen der Entsendung und teils im Rahmen des lokalen Dienstvertrags **in Kanada tätig**, wobei er während dieser Zeit einen **Wohnsitz** zur Dienstverrichtung in **Kanada** hatte. Überdies nutzte er seine **Eigentumswohnung in Wien** während seines Österreichaufenthalts (beruflich und im Urlaub zum **Besuch** seiner in Österreich lebenden **Eltern**) von 70 Tagen in diesem Jahr. Das (österreichische) **Finanzamt** war der Ansicht, dass der **Mittelpunkt der Lebensinteressen** in dem konkreten Jahr **in Österreich** gelegen war und daher der Arbeitnehmer mit seinem **Weltereinkommen** in Österreich **unbeschränkt steuerpflichtig** wurde. Das **DBA** zwischen Österreich und Kanada sieht vor, dass die in Kanada auf die Einkünfte aus nichtselbständiger Tätigkeit entfallende **Steuer** auf die österreichische Steuer (unter Berücksichtigung des Anrechnungshöchstbetrags) **angerechnet** werden muss, um eine Doppelbesteuerung zu vermeiden.

Bei der **Bestimmung des Mittelpunkts der Lebensinteressen** ist auf das **Gesamtbild** der **persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse** abzustellen, wobei das Überwiegen der Beziehungen zum einen oder zum anderen Staat ausschlaggebend ist. Typischerweise kommt den **wirtschaftlichen Beziehungen geringere Bedeutung** zu als den persönlichen Beziehungen. Unter **persönliche Beziehungen** fallen regelmäßig **familiäre Bindungen**, Betätigungen gesellschaftlicher, **religiöser** und kultureller Art, Aktivitäten zur Entfaltung **persönlicher Interessen** und Neigungen oder auch die **Mitgliedschaft in Vereinen** sowie andere soziale Engagements. Die **wirtschaftlichen Beziehungen** basieren hingegen auf örtlich gebundenen Tätigkeiten oder **Einnahmequellen** in Form von Vermögensgegenständen. Für die Entscheidung, in welchem der beiden Staaten unbeschränkte Steuerpflicht der natürlichen Person vorliegt, ist ein **längerer Beobachtungszeitraum** (er sollte zwei Jahre übersteigen) heranzuziehen. Bei **Entsendungen** wird dabei das **Beibehalten der Wohnstätte** im **Entsendestaat** oftmals als Indiz gewertet, dass der Mitarbeiter seinen **Mittelpunkt der Lebensinteressen nicht** in den anderen Staat **verlagert** hat. Dem VwGH folgend lässt eine zeitlich begrenzte Auslandstätigkeit den Mittelpunkt der Lebensinteressen auch dann im Inland bestehen, wenn die Familie an den Arbeitsort im Ausland mitzieht, die Wohnung im Inland aber beibehalten wird.

Im konkreten Fall sah das BFG – unter Berücksichtigung weiterer Aspekte als das Beibehalten der Wohnung in Österreich – den **Mittelpunkt der Lebensinteressen** in dem entsprechenden Jahr als **in Österreich** erfüllt. Bei der Bestimmung der persönlichen Verhältnisse konnten einerseits **keine per-**

sönlichen Beziehungen zu Kanada festgestellt werden. Andererseits zählt ein regelmäßiger **Besuch der Eltern** zum **Familienleben**; mangels sonstiger familiärer Bezugspunkte ist daher der Besuch der Eltern in Österreich während seines Urlaubs für die Beurteilung der persönlichen Beziehungen maßgebend. Bei der Bestimmung der **wirtschaftlichen Beziehungen** ist zweifelsohne zu berücksichtigen, dass die **Einkünfte während der Entsendung** in Kanada bezogen wurden. Hingegen sprechen die **befristeten Dienstverhältnisse**, der Verbleib in der österreichischen Sozialversicherung und auch die insgesamt kurze Aufenthaltsdauer gegen Kanada als Mittelpunkt der Lebensinteressen – es deutet kein Umstand darauf hin, dass der Steuerpflichtige seine wirtschaftliche Zukunft in Kanada gesehen hat. **Österreich** besteuert daher das **Welteinkommen** und muss als Ansässigkeitsstaat die **kanadische Steuer anrechnen**. Überdies können in Österreich die **Kosten für die doppelte Haushaltsführung** als **Werbungskosten** steuerlich geltend gemacht werden.

6 Sozialversicherungswerte, Größenklassen und Zinssätze

6.1 Sozialversicherungswerte 2022

Unter Berücksichtigung der Aufwertungszahl von **1,021** betragen die Sozialversicherungswerte für 2022 **voraussichtlich** (in €):

	2022	2021
Geringfügigkeitsgrenze monatlich	485,85	475,86
Grenzwert für pauschalierte Dienstgeberabgabe monatlich	728,77	713,79
Höchstbeitragsgrundlage täglich	189,00	185,00
Höchstbeitragsgrundlage monatlich (laufender Bezug)	5.670,00	5.550,00
Höchstbeitragsgrundlage jährlich für Sonderzahlungen (echte und freie Dienstnehmer)	11.340,00	11.100,00
Höchstbeitragsgrundlage monatlich für freie Dienstnehmer (ohne Sonderzahlungen)	6.615,00	6.265,00

Die **Veröffentlichung** im Bundesgesetzblatt bleibt abzuwarten.

6.2 Größenklassen für Kapitalgesellschaften

Zuletzt mit dem **Rechnungslegungsänderungsgesetz 2014** wurden die Größenklassen für Kapitalgesellschaften geändert und mit den **Kleinstkapitalgesellschaften** (Micros) eine neue Größenklasse eingeführt.

Die **Schwellenwerte** für die Einordnung in die verschiedenen Größenklassen sind wie folgt.

Kapitalgesellschaft	Bilanzsumme (€)	Umsatzerlöse (€)	Arbeitnehmer
Micros	350.000	700.000	10
Klein	bis 5.000.000	bis 10.000.000	bis 50
Mittelgroß	bis 20.000.000	bis 40.000.000	bis 250
Groß	> 20.000.000	> 40.000.000	> 250

Entscheidend für die Zuordnung zu einer Größenklasse ist, dass **zwei der drei Merkmale** an den Abschlussstichtagen von zwei aufeinanderfolgenden Geschäftsjahren überschritten bzw. nicht mehr überschritten wurden.

Zu beachten ist, dass Aktiengesellschaften, die Mutterunternehmen sind („**Holding-AGs**“) die Schwellenwerte für den Einzelabschluss seit dem Jahr 2016 auf Basis von konsolidierten oder aggregierten Werten zu berechnen haben. Bei Um- und Neugründungen treten die Rechtsfolgen der Größenklasse bereits am ersten Abschlussstichtag nach der Um- oder Neugründung ein.

6.3 Aktueller Basis-, Stundungs-, Aussetzungs-, Anspruchs- und Beschwerdezinssatz

Aufbauend auf dem **negativen Basiszinssatz** von **-0,62%** sind die daran gekoppelten **Jahreszins-sätze** für Stundungszinsen, Aussetzungszinsen, Anspruchszinsen und Beschwerdezinssätze in der Tabelle dargestellt.

Seit 16.6.2016	
Stundungszinsen	3,88 %
Aussetzungszinsen	1,38 %
Anspruchszinsen	1,38 %
Beschwerdezinsen	1,38 %

Bekanntlich werden **Stundungszinsen** für die Stundung von Steuerschulden verrechnet. **Aussetzungszinsen** fallen dann an, wenn gegen eine Steuernachzahlung das Rechtsmittel der Beschwerde ergriffen wird und anstatt einer Stundung bis zur Entscheidung über die Beschwerde eine Aussetzung der Einhebung beantragt wird.

Anspruchszinsen werden grundsätzlich für Steuernachzahlungen und Steuergutschriften bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer ab dem 1.10. des Folgejahres angelastet bzw. gutgeschrieben. Derartige **Anspruchszinsen** sind **weder steuerlich abzugsfähig noch** im Falle einer Gutschrift **steuerpflichtig**. Bis zu einem Betrag von 50 € werden **keine Zinsen** festgesetzt.

7 Steuertermine 2022

Jänner	Fälligkeiten	17.1.	USt für November 2021 Lohnabgaben (L, DB, DZ, GKK, Stadtkasse/Gemeinde) für Dezember 2021
	Fristen und Sonstiges	Ab 1.1. Bis 17.1.	Monatliche Abgabe der Zusammenfassenden Meldung, ausgenommen bei vierteljährlicher Meldepflicht Entrichtung der Dienstgeberabgabe 2021 für geringfügig Beschäftigte
Februar	Fälligkeiten	15.2.	USt für Dezember 2021 bzw. 4. Quartal Lohnabgaben für Jänner ESt-Vorauszahlung 1. Viertel KöSt-Vorauszahlung 1. Viertel
		28.2.	Pflichtversicherung SVA
	Fristen und Sonstiges	Bis 1.2.	Meldepflicht für bestimmte Honorarzahllungen 2021 (E18) in Papierform
		Bis 15.2.	Nachverrechnung und Abfuhr der Lohnsteuer im Rahmen des 13. Lohnabrechnungslaufs zwecks steuerlicher Zurechnung zum Jahr 2021. Erstellung und Überprüfung des Jahresbelegs für das Jahr 2021 (pro Registrierkasse)
		28.2.	Jahreslohnzettelermittlung per ELDA
März	Fälligkeiten	15.3.	USt für Jänner Lohnabgaben für Februar
	Fristen und Sonstiges	31.3.	Kommunalsteuer- und Dienstgeberabgabeerklärung 2021 bei Stadtkasse/Gemeinde
April	Fälligkeiten	15.4.	USt für Februar Lohnabgaben für März
	Fristen und Sonstiges	30.4.	Abgabe der Steuererklärungen 2021 (Einkommen-, Umsatz-, Körperschaftsteuer) in Papierform und Feststellung der Einkünfte gemäß § 188 BAO
Mai	Fälligkeiten	16.5.	USt für März bzw. 1. Quartal Lohnabgaben für April ESt-Vorauszahlung 2. Viertel KöSt-Vorauszahlung 2. Viertel
		31.5.	Pflichtversicherung SVA
Juni	Fälligkeiten	15.6.	USt für April Lohnabgaben für Mai
	Fristen und Sonstiges	30.6.	Einreichungspflicht der Steuererklärungen 2021 (Einkommen-, Umsatz-, Körperschaftsteuer) über FinanzOnline
		30.6.	Fallfrist für Antrag auf Rückholung ausländischer MwSt 2021 aus Nicht-EU-Ländern
		30.6.	Fristende für die Beantragung der zweiten Tranche für den Verlustersatz (im Rahmen der zweiten Tranche kann auch der gesamte Verlustersatz beantragt werden)

Juli	Fälligkeiten	15.7. USt für Mai Lohnabgaben für Juni
	Fälligkeiten	16.8. USt für Juni bzw. 2. Quartal Lohnabgaben für Juli ESt-Vorauszahlung 3. Viertel KöSt-Vorauszahlung 3. Viertel 31.8. Pflichtversicherung SVA
August	Fälligkeiten	15.9. USt für Juli Lohnabgaben für August
	Fristen und Sonstiges	Bis 30.9. Erklärung Arbeitnehmerpflichtveranlagung 2021 L 1 in Papierform oder FinanzOnline bei zumindest zeitweise gleichzeitigem Erhalt von zwei oder mehreren lohnsteuerpflichtigen Bezügen, sonst ist der Termin der 30.6. (via FinanzOnline) Bis 30.9. Verpflichtung zur Einreichung des Jahresabschlusses zum 31.12.2021 für (verdeckte) Kapitalgesellschaften Bis 30.9. Fallfrist für Antrag auf Erstattung ausländischer MwSt (EU) für das Steuerjahr 2021 Bis 30.9. Herabsetzungsanträge für die Vorauszahlungen 2022 für Einkommen- und Körperschaftsteuer
September	Fälligkeiten	15.10. USt für August Lohnabgaben für September
	Fristen und Sonstiges	Ab 1.10. Beginn der Anspruchsverzinsung für Nachzahlung ESt/KSt 2021 Bis 31.10. Antrag auf Ausstellung eines Freibetragsbescheides
Oktober	Fälligkeiten	15.11. USt für September bzw. 3. Quartal Lohnabgaben für Oktober ESt-Vorauszahlung 4. Viertel KöSt-Vorauszahlung 4. Viertel 30.11. Pflichtversicherung SVA
	Fälligkeiten	15.12. USt für Oktober Lohnabgaben für November
November	Fälligkeiten	15.12. USt für Oktober Lohnabgaben für November
	Fristen und Sonstiges	Bis 31.12 Schriftliche Meldung an GKK für Wechsel der Zahlungsweise (zwischen monatlich und jährlich) der MVK- Beiträge für geringfügig Beschäftigte Bis 31.12. Die Frist für die Arbeitnehmerveranlagung 2017 bzw. für den Antrag auf die Rückzahlung von zu Unrecht einbehaltener Lohnsteuer läuft ab 31.12. Mitteilungspflicht für Country-by-Country Reporting (Formular oder FinanzOnline) bei Regelwirtschaftsjahr der obersten Muttergesellschaft
Dezember	Fälligkeiten	15.12. USt für Oktober Lohnabgaben für November
	Fristen und Sonstiges	Bis 31.12 Schriftliche Meldung an GKK für Wechsel der Zahlungsweise (zwischen monatlich und jährlich) der MVK- Beiträge für geringfügig Beschäftigte Bis 31.12. Die Frist für die Arbeitnehmerveranlagung 2017 bzw. für den Antrag auf die Rückzahlung von zu Unrecht einbehaltener Lohnsteuer läuft ab 31.12. Mitteilungspflicht für Country-by-Country Reporting (Formular oder FinanzOnline) bei Regelwirtschaftsjahr der obersten Muttergesellschaft

Besuchen Sie unsere Website



Auf unserer Homepage finden Sie zahlreiche nützliche Informationen rund um das Thema Steuern, sowie einen umfangreichen Servicebereich mit zahlreichen Formularen, Check- und Infolisten.

www.divalentino.at

So haben Sie stets den entscheidenden Informationsvorsprung!



DI VALENTINO
STEUERBERATUNG

DI VALENTINO Steuerberatung GmbH
StB Luca Di Valentino, MSc
Maria Theresien Straße 5
6020 Innsbruck

Tel.: +43 512 560589
office@divalentino.at
www.divalentino.at